

Oestreich,
Preußen und Westdeutschland
 im
Dreistaatenbund.

Zur Verständigung des deutschen Volkes.



Ein einzig Volk von Brüdern.

Zweite Auflage.

Leipzig 1849.

Verlag von Otto Spamer.

Wien.

Tendler u. Comp.

Stuttgart.

C. A. Sonnenwald'sche Buchhandlung.

Hamburg.

D. S. Berendsohn.

München.

Christ. Kaiser.

Hannover.

Selwing'sche Hofbuchhandlung.

Frankfurt a/M.

Friedrich Wilmanns.

Bern.

C. A. Jenni, Vater.

Preis nur 5 Ngr. = 15 Kr. C.-M. = 18 Kr. Rhein.



Deutscher

Verzeichnis der Bücher

in

Christentum



der Universität zu München



aus dem Besitz von

der Universität

Leipzig 1810

Verlag von W. B. Schönbach

Verlag von W. B. Schönbach
Leipzig 1810
Verlag von W. B. Schönbach
Leipzig 1810
Verlag von W. B. Schönbach
Leipzig 1810

Verlag von W. B. Schönbach
Leipzig 1810
Verlag von W. B. Schönbach
Leipzig 1810
Verlag von W. B. Schönbach
Leipzig 1810



Druck und Verlagsort: Leipzig 1810

V o r w o r t.

Die folgenden Blätter tragen den Titel einer Schrift, welche vor Kurzem erschienen, den lebhaftesten Anklang und die volle Beachtung gefunden hat, welche die Tiefe ihrer Auffassung und die Ursprünglichkeit ihrer Darstellung verdient. Sie zeigt den Weg, wie das prophetische Wort des treuesten Freundes von Deutschland sich verwirklichen läßt, ohne Zwang, ohne Umsturz, ohne Verletzung irgend eines Rechtes, und sie gewinnt dem Wiederemporkommen des deutschen Reichs eine Seite ab, die für die Zukunft der europäischen Welt von der nachhaltigsten Bedeutung ist.

Weil aber diese Denkschrift nur für bestimmte Kreise geschrieben war, deutet sie Vieles nur an, was für den, welcher minder vorbereitet an die Lösung der deutschen Verfassungsfrage herantritt, theils der tiefern Begründung, theils der weitem Ausführung bedarf, und setzt Kenntnisse und Anschauungen bei ihren Lesern voraus, die dem Manne des Volkes minder geläufig sind und deren Mangel ihm das Verständniß erschwert, wenn er sich auch von Auffassung und Darstellung unwillkürlich angezogen fühlt.

Diese Wahrnehmung hat den Wunsch erzeugt, die lautgewordenen Bedenken einer nähern Erörterung zu unterwerfen und die Ausführbarkeit des Vorschlags durch seine unmittelbare Beziehung auf die augenblickliche politische Lage Deutschlands nachzuweisen. Diesem Wunsche soll die gegenwärtige kleine Schrift genügen. Sie entsagt deshalb

jedem Anspruch auf Ursprünglichkeit; sie beabsichtigt durchaus nicht etwas Neues zu geben oder auch nur den in der Denkschrift entwickelten Ansichten eine neue Seite abzugewinnen; sie möchte dieselben nur gegen Misverständnisse in Schutz nehmen und einige Punkte weiter ausführen, die dort als selbstverständlich übergangen worden sind. Will man das Gleichniß gelten lassen, so möchte sie als ein Wechsler betrachtet sein, welcher Goldstücke gegen Scheidemünze umsetzt; es kann der einzige Anspruch an denselben gemacht werden, daß er den vollen empfangenen Werth zurückgibt.

Ueber ganz Deutschland lagert wie eine schwüle Wetterwolke das Bewußtsein, daß in diesen Tagen über seine Zukunft auf lange Zeit hinaus entschieden wird, und in Jedem kämpft die Furcht mit der Hoffnung. Wer sich gewöhnt hat, an den Quellen der ewigen Wahrheit zu schöpfen, der weiß es, daß die Geschicke der Völker wie der Einzelnen zu seiner Wahl gestellt sind und daß von der Gerechtigkeit die Wohlfahrt, von der Ungerechtigkeit das Verderben kommt. Um so unerlässlicher ist die Pflicht der Mahnung, so lange es noch Zeit ist, den vielleicht langsamern, allein jedenfalls sicherern Weg der Vereinbarung zu dem von Allen gewünschten Ziele einzuschlagen.

Fest zu halten an dem, was Recht geworden ist, und den Beweis zu führen, daß auch auf diesem Wege zur Einheit Deutschlands zu gelangen ist, haben wir uns zur Aufgabe gestellt und überlassen uns der frohen Hoffnung, daß die letzte Stunde des Zweifels die erste Stunde des Aufgangs einer neuen Zeit sein werde.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	7
Die Stellung Oestreichs	28
Die Lage Preußens	40
Der Bundesstaat Westdeutschland	54
Der Dreistaatenbund	68

Inhalt

Einleitung	1
Der erste Abschnitt	28
Der zweite Abschnitt	40
Der dritte Abschnitt	54
Der vierte Abschnitt	68

Einleitung.

Die Unterwerfung der Magyaren am 13. und die Uebergabe Venedigs am 22. August nehmen in der Reihe der Ereignisse seit den Märztagen des vorigen Jahres unstrittig die erste Stelle ein. Durch diese Erfolge ist über die Stellung Oesterreichs als Weltmacht, zugleich aber auch über die Ausführbarkeit der Verfassung vom 4. März und die Unausführbarkeit der Artikel 2 und 3 des deutschen Reichsverfassungsentwurfs unwiderruflich entschieden. Mit der Möglichkeit, Oesterreich von der Mitwirkung bei der Neugestaltung des deutschen Bundes auszuschließen, ist unzweifelhaft auch jede Aussicht verschwunden, den ihm gebührenden Einfluß zu beschränken, und es kann sich nur noch darum handeln, für die unabweisbaren Forderungen die angemessenste Form zu finden.

Diese Forderungen sind gleich berechtigt mit den andern, wenn auch nicht von gleicher Mehrheit erhoben und angestrebt. Die erste ist die Forderung der Einheit des deutschen Volks und Reichs nach außen, die zweite die Behandlung der deutschen Verfassungsfrage als einer innern, mit Ausschluß jeder Einmischung der europäischen Mächte, die dritte, die Festhaltung des auf geschichtlichem Boden erwachsenen Rechtes, mithin Ausbau und Entwicklung, nicht Umsturz und Neubau.

Für die erste Forderung hat sich nun bereits zwei Mal das ganze Volk wie ein Mann erhoben; das erste Mal gegen die äußern, das zweite Mal gegen die innern Feinde. Ihre Befriedigung ist bereits 1815 durch die Stiftung des deutschen Bundes als eines unauflösllichen Vereins angebahnt und am 1. und 30. März von sämmtlichen deutschen Regierungen durch das Organ des Bundestags als eine wohlbegründete neu anerkannt und deren unverweilte Erfüllung zugesagt worden. Ebenso wenig herrscht gegenwärtig noch irgend ein Zweifel über den rechtlichen und thatsächlichen Fortbestand des deutschen Bundes, und die Verwirrung der Begriffe, in Folge deren die Aufhebung des Bundestags mit der Auflösung des deutschen Bundes verwechselt wurde, hat in der bessern Erkenntniß ihr natürliches Ende gefunden. Ist nun aber der deutsche Bund bereits durch den Artikel 17 des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814 und ausführlicher noch durch die Artikel 53 bis 65 der Wiener Congreßakte vom 9. Juni 1815 als ein völkerrechtlicher Verein in den Grenzen der ihrem ganzen Inhalte nach in die Congreßakte aufgenommenen Bundesakte vom 8. Juni anerkannt und gewährleistet, sind namentlich Mittel und Zwecke des deutschen Bundes, einschließlich des Rechtes der Gesandtschaft wie des Krieges und Friedens, völkerrechtlich festgestellt und somit der Bund als europäische souveraine Macht in die Reihe der übrigen Mächte eingeführt worden, so erscheint auch die zweite Forderung ebenso berechtigt als dringend, und es wird nur Sorge zu tragen sein, daß die Grundbedingungen des Vertrags, wozu ohne alle Frage die gleiche Berechtigung der Bundesstaaten gehört, nicht verletzt und weder der einen noch

der andern gewährleistenden Macht ein Vorwand zur Einrede dargeboten wird. Die dritte Forderung ist eine Forderung der Sittlichkeit, die jeden ohne freie Zustimmung der Betheiligten herbeigeführten Zustand aus innerer Nothwendigkeit so lange als einen vorübergehenden ansehen muß, als derselbe dieser Zustimmung und der freien Einwilligung noch entbehrt.

Der europäische Rechtszustand ist ein so theuer erkaufter und so mühsam abgewogener, daß jeder Eingriff in denselben nur als ein öffentliches Unglück empfunden werden kann, so daß auch Frankreich, obschon es erklärt hat, die demselben unterliegenden Verträge nicht mehr als zu Recht bestehend anerkennen zu wollen, es gleichwohl nicht wagt, an den auf diesen Verträgen beruhenden Zuständen selbst zu rütteln, vielmehr dieselben als thatsächlich bestehend zu achten, wiederholt und feierlich sich verpflichtet hat. Unter diesen Verhältnissen erscheint es von größter Wichtigkeit, auch in Deutschland alle Veränderungen zu vermeiden, die über die gezogenen Grenzen des Bundes hinausreichen, während es offenbar höchst unklug sein würde, die Zahl Stimmen freiwillig aufzugeben, welche den deutschen Mächten gegenwärtig im Rathe Europas zustehen.

Ueber die Berechtigung der im deutschen Bunde vereinigten Staaten, die Grundgesetze desselben abzuändern und fortzubilden, kann nach Artikel 62 der Congreßakte kein Zweifel obwalten, wohl aber dürfte ein solcher, so weit nicht vollkommenste Uebereinstimmung unter den Betheiligten vorhanden ist, in Bezug auf jede Veränderung des grundgesetzlich bestehenden Stimmverhältnisses erhoben werden können, insofern dasselbe vermöge der Artikel 56 und 58,

durch Aufnahme in die Wiener Congreßakte ein Theil des europäischen Völkerrechts geworden und unter den Schutz der sämmtlichen vertragsschließenden Mächte gestellt ist. Andererseits unterliegt es ebenso wenig einem Zweifel, daß die Vermehrung oder Verminderung der Vertreter dieser Stimmen an keine Zustimmung der fremden Mächte gebunden ist, sobald das vertragsmäßig feststehende Verhältniß beibehalten wird. Aus den von Preußen für den engeren Bund angenommenen Stimmenzahlen läßt sich kein Grund gegen diese Ansicht ableiten, weil hier eben nur ein Bund im Bunde geschlossen werden sollte, während der völkerrechtliche Bund in seinem vollen Bestande aufrecht erhalten wird und Preußen, wie es den Anschein hat, nach außen bloß in Auftrag der verbundenen Mächte zu handeln gewillt ist, obgleich es nach innen sich die Unwiderruflichkeit und Unantastbarkeit dieses Auftrags durch die Erblichkeit zu sichern bemüht war.

Thatsache ist, daß der deutsche Bund mit seinen beiden Großmächten bisher drei Stimmen im europäischen Völkerrathe befaßte hat und daß dieser, so weit er bei dem Abschluß des Pariser Friedens und der Wiener Congreßakte theilhaftig gewesen ist, ein unbestreitbares Recht hat, gegen jede Abänderung dieses Verhältnisses Einspruch zu thun. Um auch jeder Veranlassung dazu vorzubeugen, ist es mindestens rathsam, dieses Verhältniß unberührt zu lassen, wogegen es in der vollen Willkür der im deutschen Bunde vereinigten Staaten steht, diese Stimme durch Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich führen zu lassen, oder auch dieselbe unmittelbar abzugeben. Aus diesem Grunde ist schon in der ob erwähnten Denkschrift die Ansicht

festgestellt worden, daß die Stellung der Höfe von Wien und Berlin Europa gegenüber unverändert bleibt, und daß nur die übrigen deutschen Staaten ihre gesandtschaftlichen Beziehungen vereinfachen und sich durch gemeinschaftliche Gesandte vertreten lassen, welche da, wo es Angelegenheiten des deutschen Reiches gilt, mit den der beiden andern deutschen Mächten, durch den Gesandten der vorsiehenden Macht, als Einheit auftreten und handeln. Es bedarf keines Nachweises, daß dadurch Niemanden zu nahe getreten, wohl aber der Einfluß Deutschlands zu der Geltung gebracht wird, auf welche ein Staatenbund, welcher eine Gesamtbevölkerung von siebenzig Millionen umfaßt, den gerechtesten Anspruch hat. Dieser vermehrte Einfluß kommt aber nicht bloß der Gesamtheit, er kommt zugleich allen Einzelnen zu statten, denn was bisher die Gesandten von Bayern, Sachsen und Württemberg nicht zu bewirken im Stande waren, das dürfte in Zukunft ein Gesandter des Bundesstaates, dessen Vorstellungen ein Heer von einer Viertelmillion unterstützt, unschwer erreichen, und es liegt auf der Hand, daß auch der Einfluß von Oestreich und Preußen durch eine solche Stimme mehr gefördert wird, als wenn ihre Anträge von einer Mehr- oder Minderzahl der sechs- unddreißig Bundesstaaten bevortwortet werden. Bisher beruhte die völkerrechtliche Geltung sowohl des Bundes als der einzelnen Staaten auf einer erkennbaren Selbsttäuschung; sie wurden stets durch Oestreich oder Preußen oder beide gemeinschaftlich vertreten oder auch ausgewogen, wogegen in Zukunft allerdings in gemeinschaftlichen Angelegenheiten auch nur ein gemeinschaftliches Auftreten möglich und zulässig, gleichzeitig aber für die Angelegenheiten der Einzelnen durch

den Einfluß des Bundes eine sichere Gewährschaft und daher ein günstiger Erfolg in Aussicht steht. Es liegt in der Natur der Sache, daß schon die Versuche zu Uebergreifen nur dem Schwachen gegenüber vorhanden und verführerisch sind; dem Stärkern oder auch nur dem gleich Starken gegenüber wird auch ein Raufbold Bedenken tragen zum Schwerte zu greifen, weil schon nach menschlicher Berechnung der Ausgang ungewiß erscheint und Niemand für denselben einstehen kann. Seit Jahrhunderten ist die Erhaltung und, wo es gestört wurde, die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts als die Hauptaufgabe europäischer Staatskunst betrachtet worden, und da man schon früh zu der Einsicht gelangte, daß die Herbeiführung derselben auf dem Wege der Waffengewalt nur mit unverhältnißmäßigen Opfern und niemals auf die Dauer herzustellen sei, so hat man in der neuern Zeit Bedacht genommen, den Störungen vorzubeugen, indem man versuchte, durch Bündnisse die Schwächern zu stärken und durch allgemeine Schutzverleihung, wie an Belgien und die Schweiz, dem unmittelbaren Zusammenstoß nebenbuhlerischer Mächte unübersteigliche Hindernisse in den Weg zu legen. Demselben unabweisbaren Bedürfnis verdankt auch, nach dem Fall des deutschen Reiches, die Errichtung des deutschen Bundes seine Entstehung, und je stärker und einiger in sich derselbe sich gestaltet, desto vollständiger wird derselbe seine Aufgabe lösen.

Es würde ein arges Verkennen der Sachlage sein, wenn Jemand glaubte, daß ein Einheitsstaat an die Stelle des deutschen Bundes treten und die Rolle spielen könne, die demselben durch seine Stellung wie durch seine Geschichte angewiesen ist. Dies ist schon deshalb unmöglich,

weil in jedem einheitlichen Staat die persönlichen Eigenschaften seines Oberhauptes mehr oder minder großen Einfluß ausüben; weil auf den gerechten und besonnenen Herrscher der gewaltthätige und unbesonnene, auf den friedfertigen ein kriegerischer folgen kann und, ist ihm einmal die Macht verliehen, keiner seiner Nachbarn vor seinen Uebergriffen gesichert ist. Die innige Verbindung zwischen Napoleon und Alexander beweist, wie selbst die scheinbar entgegengesetztesten Charaktere sich zu gemeinschaftlichem Wirken zusammenfinden können. Ein Friedrich II. als deutscher Kaiser, ohne das Gegengewicht des Bundes, würde die Welt in Flammen zu setzen vermögen, und nichts dürfte ungewisser sein, als daß etwa Rußland und Frankreich sich zu seiner Bekämpfung verbinden müßten. Es läßt sich ebensowohl denken, daß er sich des Einen wie des Andern zu gegenseitiger Schwächung und Vernichtung bedienen könnte.

Noch beieitem schwieriger würde eine Theilung der deutschen Macht zwischen zwei Staaten sein, denn sie würde fast nothwendig eine Verbindung des europäischen Westens mit dem Norden, des Ostens mit dem Süden zur Folge haben, und es bedarf nur eines Blickes auf die Zeit und die Landkarte, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß Preußen und Frankreich, Oestreich und Rußland viel triftigere Berührungspunkte haben, als Oestreich und Preußen, sobald einmal das Band des gemeinschaftlichen Volksthums aufgelöst oder auch nur gelockert wird. Dem kann auch eine völkerrechtliche Verbindung Oestreichs mit Preußen nicht abhelfen, wie dieselbe von Preußen, als dem schwächern Theile, in Vorschlag gebracht worden ist; denn die erste Gelegenheit, bei welcher der gegenseitige Vortheil sich trennt, würde auch die Tren-

nung dieser Verbindung herbeiführen, weil dieselbe nicht, wie der bestehende deutsche Bund, auf einer innern Nothwendigkeit, sondern auf einer willkürlichen Uebereinkunft beruht und weil der Schiedsrichter fehlt, welcher seinen Schiedsspruch zugleich durch das Gewicht seiner Macht zur Geltung zu bringen im Stande wäre.

Schon die jetzige Einrichtung des deutschen Bundes hat diesen Mangel genügend veranschaulicht, da nach den eigenen Geständnissen des Herrn von Radowiz in allen Fragen, worin Oestreich nicht mit Preußen zusammenging, wegen der Zersplitterung der übrigen Stimmen niemals zu einem Fortschritt, sondern unter allen Umständen nur zum Stillstand zu gelangen war, aus dem sich alle die bösen Kräfte entwickelt haben, welche Deutschland im vergangenen Jahre an den Rand des Verderbens führten. Wäre Oestreich gegen den Fortschritt weniger misstrauisch, oder Preußen bei der Verfolgung seiner kirchlichen Verschmelzungsversuche minder bedenklich, oder wäre eine dritte Macht vorhanden gewesen, die dort anregend, hier mäßigend sich verhalten hätte, so würde die verheißene Entwicklung des Bundes seit den dreißig Jahren ununterbrochenen Friedens sicher viel weiter fortgeschritten, und man würde auf dem Wege unmittelbarer Anschauung vorlängst zu der Erkenntniß gelangt sein, zu welcher uns jetzt eine Revolution geführt hat, daß bei den zunehmenden Ansprüchen an den Staat der Schwerpunkt der Ordnung nicht mehr in bevorrechteten Classen gesucht, sondern in der Gesamtheit der Besitzenden gefunden und gewahrt sein will. Bei alledem darf nicht verkannt werden, daß in der deutschen Bundesakte alle Grundbedingungen für eine zweckentsprechende Fortbildung des deutschen Staats- und Völkerlebens

enthalten sind, und daß es nur der rechten Verständigung über Zweck und Mittel bedarf, um diese Frage einer befriedigenden Lösung entgegen zu führen.

Für diese Lösung selbst liegen bis jetzt drei berechnigte Versuche vor; der Verfassungsentwurf der Nationalversammlung, die Dreikönigsverfassung und die von Oestreich für eine Neugestaltung des deutschen Bundes gemachten Andeutungen. Es wird erlaubt sein, diese drei Entwürfe einer näher eingehenden Beurtheilung zu unterwerfen.

Der erste Entwurf, die Schöpfung einiger Gelehrten, welche das deutsche Volk nach einer Verfassungsschablone glaubten zuschneiden zu dürfen, ist schon deshalb verwerflich, weil er ebenso unausführbar erscheint wie er rechtlos ist. Er ist auf einem bestrittenen Boden erbaut, und indem er mit der Vergangenheit bricht, fehlt ihm jeder Anknüpfungspunkt in der Gegenwart, wie jede Aussicht für die Zukunft. Mit einer Gewaltthat hat die Reichsversammlung begonnen, indem sie von der Bedingung ihrer Rechtsbeständigkeit, der Berufung durch den Bundestag, sich lossagte; mit einer Verletzung ihrer eigenen Gesetze hat sie die Verfassung in das Leben gerufen und mit offenem Aufruhr hat sie geendet. Allein auch auf ihr Werk leidet der Grundsatz Anwendung, daß das zu Recht Beständige nicht um des Unhaltbaren willen verworfen werden darf. Das deutsche Volk wurde durch den Bundesbeschluß vom 30. März aufgefordert, Abgeordnete zu wählen, um mit den deutschen Regierungen eine neue Verfassung zu Stande zu bringen, und das ganze deutsche Volk hat dieser Aufforderung entsprochen. Es gibt auch nicht einen Wahlkreis in Deutschland, welcher nicht zur Vereinbarung gewählt hätte, und so ist das Volk noch im vol-

len Besitze des ihm freiwillig gemachten Zugeständnisses. Die Gewählten konnten das Gesetz ihrer Wahl nicht aufgeben, denn sie waren nicht die unbedingten Vertreter des Volkes, welches nun jede ihrer Handlungen wider sich gelten lassen müßte; sie waren vielmehr zu bestimmtem Zweck gewählt, und so weit sie über den ihnen erteilten Auftrag hinausgingen, sind ihre Handlungen unbefugt und für die Wähler unverbindlich. Das deutsche Volk muß gefragt werden, ob es die Ueberschreitung des Auftrags genehmigt oder verwirft, und die Befragung kann nur von der Reichsgewalt, in ihrer Eigenschaft als Nachfolgerin der Bundesversammlung, ausgehen. Durch einen Bundesbeschluß ist die Berufung der Reichsversammlung erfolgt, und ohne Verletzung des Bundesvertrags kann weder eine einzelne Regierung noch eine Mehr- oder Minderzahl einen Bundesbeschluß aufheben oder auch nur die Wirksamkeit desselben beschränken. Es könnte dies nur durch einen Gesamtbeschluß erfolgen, für welchen seit Aufhebung der Bundesversammlung das vertragsmäßige Organ fehlt, und selbst dazu müßten die Abgeordneten des Volkes, nachdem durch die Wahlen das Erbieten einmal angenommen worden ist, ihre Zustimmung erteilen.

Die preussische Regierung ist die einzige, welche die von ihr anerkannte Centralgewalt durch Verfassung des bundesmäßigen Zuzugs zuerst schwächte und von dieser Schwäche den Vorwand hernahm, ihr öffentlich den ihr nach der Bundesakte schuldigen Gehorsam zu versagen, und sie ist zugleich die einzige, welche sich durch Abschluß des dänischen Waffenstillstandes gerade in die Befugnisse der Centralgewalt, rücksichtlich deren sie von der Zustimmung der Reichsversammlung abhängig war, einen eigenmächtigen Eingriff gestattet

hat. Wie wenig hierbei die preußische Regierung auf dem Boden des Rechtes sich bewegte und wie unhaltbar das Vorgehen war, die Centralgewalt setze das Bestehen der Nationalversammlung voraus, da doch der Bundesbeschluß vom 12. Juli vielmehr die Rechte der Regierungen wahrte, ist von der österreichischen Regierung in ihren Notizen vom 10. Juni so bündig nachgewiesen worden, daß jedes Wort mehr ein Wort zu viel sein würde. Noch überdies aber ist die Nationalversammlung weder thatsächlich, noch von Rechts wegen aufgelöst und bedarf nur der Ergänzung auf Grund des Wahlgesetzes vom 7. April 1848, welches von allen Regierungen anerkannt ist und von dem sich dieselben ebenfalls, da es auf einem Bundesbeschluß beruht, nicht einseitig lossagen können, um in voller rechtlicher Wirksamkeit forttagen zu können. Die Abberufung vieler Abgeordneten, obwohl unwirksam an sich, hat doch in den meisten Fällen die Niederlegung zur Folge gehabt und daß diese zu Recht besteht, ist von Niemanden angezweifelt worden.

Stellen wir uns daher auf den Rechtsboden zurück, so schließt die rechtmäßige Thätigkeit der Versammlung mit der Annahme der Verfassung. Ungültig ist Alles, was dieselbe hernachmals auf Grund der einseitig festgestellten Verfassung gethan und beschlossen hat. Selbst über den Eintritt der Rechtsverbindlichkeit des neuen Wahlgesetzes kann erst dann die Frage entstehen, wenn die Verfassung selbst, deren Gültigkeit das Wahlgesetz voraussetzt, von allen Betheiligten anerkannt ist. Anderwärts liegt auch nicht das mindeste Hinderniß vor, über die Verfassung vom 28. März, als einen vom deutschen Volke durch seine Abgeordneten in Vorschlag gebrachten Entwurf, mit den Regierungen, welche dieselbe noch

nicht anerkannt haben, zu verhandeln. Es ist dies sogar der einzige Weg, auf welchem eine Verfassung für Deutschland mit unbeschnittener Gültigkeit zu Stande kommen kann, und zugleich der einzige Weg, auf welchem auch die 28 Staaten, welche dieselbe bereits anerkannt haben, ohne ihrem gegebenen Worte untreu zu werden, dieser Anerkennung ledig werden können. Denn wenn die vom Reichsverweser, als Träger der Bundesgewalt, auf Grund der Beschlüsse vom 30. März und 7. April neuuberufende Versammlung auf die von Oestreich, Preußen, Bayern, Sachsen und Hannover verlangten Abänderungen eingeht, ist dazu selbstverständlich auch die Zustimmung der 28 anerkannthabenden Regierungen erforderlich, indem sie nur an die unveränderte Verfassung gebunden sind. Jeder andere Ausweg, der in dieser durch Uebereilungen aller Art bedrohten Angelegenheit eingeschlagen wird, führt neue Rechtsverletzungen mit sich und kann nicht zu einem friedlichen und rechtsverbindlichen Ausgang gelangen.

Fürchte Niemand, daß die neue Kammer durch die Beschlüsse der frühern, so weit dieselben von dem Grundsatz der Vereinbarung abweichen, sich für gebunden halten könnte. Thäte sie es dennoch, so würde dies eine neue Ueberschreitung ihrer Vollmachten und der Reichsverweser in seinem vollen Rechte sein, wenn er eine abermalige Auflösung eintreten ließe und dieses Verfahren so lange wiederholte, bis der Grundsatz der Vereinbarung unweigerlich anerkannt wird. Denn diese Anerkennung ist die Bedingung des rechtmäßigen Bestandes der Reichsversammlung selbst. Auf welche Weise die Regierungen mit der neugerufenen Versammlung verhandeln wollen, ist lediglich ihrer Wahl anheimgegeben,

da für diese Beziehungen keine Normen bestehen. Festgehalten muß aber werden, daß das Stimmenverhältniß durch die Bundesakte unwiderruflich gegeben ist, daß die Verfassung zwischen den Abgeordneten des Volkes und den Regierungen zu Stande gebracht werden muß und daß über die Fälle, wo zu einem gültigen Beschluß der Regierungen Stimmen-einheit erforderlich ist oder wo Stimmenmehrheit entscheidet, die vertragsmäßig feststehenden Bestimmungen nicht umgangen werden dürfen.

Wir sind uns bewußt, daß die ganze große Partei, welche, den „edeln Gagern“ an der Spitze, sich auf den Grundsatz der Souverainetät der Reichsversammlung — das Volk wurde dabei bloß vorgeschoben, da ihm sonst nothwendig die Verfassung zur Abstimmung hätte vorgelegt und namentlich die Kaiserwahl, zu welcher auch nicht die allerentfernteste Berechtigung vorlag, dem machtvollkommenen Volke hätte überlassen werden müssen — auf das Allerentschiedenste diesem Plane widersehen wird, nachdem sie öffentlich zu der Ueberzeugung sich bekannt hat, es bleibe, damit Deutschland überhaupt zu einer Verfassung gelange, nur noch die Annahme des Dreikönigsbundes übrig. Nichts ist irriger als dies und es bedarf nur eines geringen Aufwandes von Scharfsinn, um den Nachweis zu führen, daß auch auf dem von Preußen angebahnten Wege — vorausgesetzt, es sei nach Oesterreichs Widerspruch und nach Bayerns Losagung an die Verwirklichung überhaupt noch zu denken — vielleicht eine augenblickliche Beschwichtigung, aber nie und unter keiner Bedingung die Begründung eines wirklichen Rechtszustandes denkbar gewesen sein würde. Fassen wir ganz einfach die unablenkbaren Thatfachen in das Auge. Die Berufung der

Reichsversammlung beruht wie das Wahlgesetz, nach dem sie berufen ist, auf einem Bundesbeschlusse, der nach ganz demselben Rechte, nach welchem die Karlsbader Beschlüsse, nachdem sie einmal vom Bunde ohne Vorbehalt angenommen worden waren, auch nur durch einstimmigen Bundesbeschluß wieder aufgehoben werden konnten, zu behandeln ist. Ein solcher Beschluß liegt nicht vor und kann nach Aufhebung des Bundestags nicht mehr gefaßt werden; die Brücke zu den alten Zuständen ist abgebrochen und ein neuer Rechtszustand läßt sich nur auf dem einmal angebahnten Wege, durch Vereinbarung der Regierung mit Abgeordneten des Volkes, die nach dem Beschlusse vom 7. April gewählt sein müssen, erzielen. Jede in anderer Weise gewählte Abgeordnetenversammlung entbehrt des Rechtsbodens, auf dem sie faßen könnte.

Lassen wir nun auch die Frage bei Seite, ob ein Bund, wie Preußen ihn anbahnt, nach dem Art. XI der Bundesakte zulässig sei, in keinem Falle ist, wie wir oben nachgewiesen haben, die von Preußen vorgeschlagene Veränderung des Stimmenverhältnisses ohne einstimmigen Beschluß des gesammten Bundes möglich, denn dieses Verhältniß steht unter der Gewähr sämmtlicher europäischer Mächte und diese müssen Einsprache thun, sobald auch nur die kleinste Macht sie deshalb anruft. Daß dieses Einverständnis nicht zu erlangen ist, liegt klar vor, denn wäre es vorhanden, so würde jede Frage nach der Rechtsbeständigkeit müßig sein, weil Verträge eben durch neue Verträge abgeändert und vielleicht sogar unauflösliche Verträge aufgelöst werden können, was wir freilich bezweifeln, so lange die vertragsschließenden Persönlichkeiten, hier also die deutschen Bundesstaaten, selbst

noch vorhanden sind. Ein zweiter Umstand, welcher zunächst in Betracht kommt, ist der, daß es eben der Natur der Sache nach bloß einen deutschen Bund geben kann, der durch einen Bund im Bunde weder aufgehoben noch überflüssig gemacht und welcher auch nicht einmal in eine Union verwandelt werden kann, weil der Name zur Sache gehört und unveränderlich ist wie der Verein selbst. Hierzu kommt aber drittens, daß es eine durchaus unhaltbare Behauptung ist, wenn die drei vereinigten Fürsten erklären, daß die von ihnen vorgeschlagene Verfassung auf dem Wege des Vertrags zu Stande gebracht werden solle, nachdem sie durch ein octroyirtes Wahlgesetz mehr oder minder unmittelbar die Männer selbst ernennen, mit welchen der angebliche Vertrag geschlossen werden soll. Kommt die Wahl zu Stande und findet der Dreikönigsbund so willfähige Wähler wie Preußen dieselben für seinen Landtag mit Hülfe eines ähnlichen Verfahrens wirklich gefunden hat, so mag es wohl sein, daß diese die Verfassung annehmen. Niemand kann aber mit Grund sagen, daß dieselbe dadurch für das deutsche Volk zu Recht beständig werde, oder daß sie die Verfassung ersetzen könne, welche mit den auf Grund des Bundesbeschlusses vom 7. April gewählten Abgeordneten des deutschen Volkes zu Stande gebracht werden sollte und noch zu Stande gebracht werden kann, wenn man eben auf den von beiden Theilen verlassenen Rechtsweg zurückkehren will.

Stellen wir nun auch gar nicht in Abrede, daß Preußen, Hannover und Sachsen, welche mehr oder minder unterschieden vom ersten Anfang an den Grundsatz der Vereinbarung einer Verfassung mit der Reichsversammlung festgehalten, der behaupteten Machtvollkommenheit derselben be-

harrlich widersprochen und mindestens das Auerkenntniß der einseitig festgestellten Reichsverfassung entschieden zurückgewiesen hatten, vollkommen befugt waren, einen Gegenentwurf vorzulegen, so leuchtet doch ein, daß über diesen Gegenentwurf so wenig als über den der Reichsversammlung eine gütliche Vereinbarung mit andern Personen als mit den ursprünglich Berechtigten geschlossen werden kann. Dadurch, daß Mandate, die ein Anderer erteilt hat, willkürlich für erloschen erklärt werden, wird das Recht nicht vernichtet. Denn darin besteht eben die Unverletzlichkeit des Rechtes, daß es zwar gebeugt, allein weder durch Gewalt, noch durch Furcht, noch durch Irrthum in seinem Bestande verändert wird. Dies gilt von dem öffentlichen Rechte wie von dem Privatrechte, weil es eben im Wesen des Rechtes liegt.

Endlich ist aber noch die äußerst schwierige Lage in Betracht zu ziehen, in welche die Staaten versetzt werden, welche die frankfurter Verfassung bereits anerkannt haben und nun, ohne vom Gegentheil — der Reichsversammlung —, welche ihr Auerkenntniß entgegengenommen hat, des gegebenen Wortes entbunden zu sein, veranlaßt werden, sich dem neuen Vertrage anzuschließen. Verhülle man es wie man wolle, dem einfachen Rechtsinne wird es klar genug bleiben, daß hier ein Wortbruch dazwischentreten muß; der Wortbrüchigkeit der Regierungen aber und dem Mangel an Treue, dessen sich dieselben seit der Erhebung des deutschen Volkes gegen das französische Joch nur zu oft schuldig gemacht haben, verdanken wir vorzugsweise die gegenwärtige Zerrüttung, und gerade diese Unredlichkeit, mit welcher die Regierungen fast überall dem entschlossenen Willen des Volkes nachgeben und ihre Versprechungen zurückziehen, sobald sie

die Macht haben, hat die Achtung vor denselben untergraben und noch fortdauernd denselben Erfolg. Sollte daher auf diesem Beitritt bestanden werden, so wird alle Macht, die Preußen übertragen werden soll, nicht im Stande sein, die tiefe Wunde auszuheilen, die dem Vertrauen des Volkes zu seinen Machthabern durch diesen neuen Beweis ihrer Unzuverlässigkeit geschlagen wird. Mag sie zugedeckt werden, sie wird unter sich fressen; mag sie selbst vernarben, sie wird wieder aufbrechen, und den Mächten selbst sollte am Meisten daran gelegen sein, daß unverbrüchlich das Recht gehandhabt werde, welches allein zu dem ersehnten Ziele dauerner Zustände führt.

Wir glauben hiernach mit voller Zulänglichkeit nachgewiesen zu haben, daß der preußische Verfassungsentwurf, dessen innern Werth wir dahingestellt sein lassen, in Deutschland nur dann zu Recht bestehen kann, wenn er von allen Regierungen und der nach dem Gesetze vom 7. April wieder zusammenberufenen Nationalversammlung gebilligt wird.

Beiweitem kürzer können wir uns in Beziehung auf die von Oestreich in Vorschlag gebrachten Grundzüge einer deutschen Verfassung aussprechen, einmal, weil sich derselbe weit mehr an die bestehenden Verhältnisse anschließt und zweitens weil derselbe nur zur Vereinbarung mit der Nationalversammlung bestimmt war und sicher durch dessen unbefugte Zurückweisung nicht an Beachtungswürdigkeit verloren hat. Wenn wir denselben gleichwohl für unannehmbar halten, so geschieht dies mindestens aus ganz andern Gründen. Oestreich wollte die vollziehende Gewalt des deutschen Bundes auf eine Art Ausschuß aus dem Bundestag übertragen und denselben durch ein Staatenhaus über-

wacht wissen, welches aus einem Fürstenhaus und einem von den Ständen der einzelnen Länder zu wählenden Abgeordnetenhaufe bestehen sollte. Offenbar verdient mithin Oestreich den Vorwurf nicht, daß es kein Volkshaus gewollt habe, denn es gehört die ganze Verblendung der erbkaisерlichen Partei dazu, um nicht einzusehen; daß kaum ein Haus volksmäßiger zusammengesetzt werden kann, als wenn die aus unmittelbaren Volkswahlen hervorgegangenen Landstände die Stelle der Wahlmänner vertreten. Ebenso unbegründet ist der von derselben Partei erhobene Vorwurf, Oestreich habe sich keinem Beschlusse unterwerfen wollen, der nicht von seinem eigenen Landtag gebilligt worden sei. Dies hat Oestreich mindestens nicht in solcher Allgemeinheit verlangt. Wenn es hingegen die Nothwendigkeit hervorhob, die Zuständigkeit der Bundesgewalt so genau als immer möglich abzugrenzen und auf die gesteckten Grenzen zu beschränken, so hat es damit das allerwichtigste Bedürfniß Deutschlands ausgesprochen und an den Tag gelegt, daß es weit richtiger als die Reichsversammlung das Wesen des Bundesstaats erkannt hat, der gerade in dieser strengen Abgrenzung der Bundesfachen von den Angelegenheiten der Einzelstaaten seine festeste Stütze und die Bedingung der Ausführbarkeit gewinnt. Freilich war der erbkaisерlichen Partei, welche anstatt eines einigen Deutschland, ein übermächtiges Preußen wollte, mit dieser Beschränkung am wenigsten gedient.

Anderere Gründe sind es, die wir gegen den fraglichen Vorschlag geltend zu machen haben. Den ersten, daß das Directorium aus sieben Kreisen mit neun Stimmen, Oestreich und Preußen ein Uebergewicht verleiht, welches in

der Bundesakte nicht begründet ist, ohne doch der vollziehenden Gewalt die unentbehrliche Uebereinstimmung zu sichern; und zweitens daß durch die Zugabe eines berathenden Reichstags der vollziehenden Gewalt ein Hemmniß bereitet wird, ohne daß derselben gleichzeitig die Kraft gewährt würde, die in der Zustimmung einer gesetzgebenden Versammlung enthalten ist.

Soll eine befriedigende Ausgleichung gefunden werden, so scheint es durchaus nöthig, daß den bestehenden Verhältnissen volle Genüge geschieht. In dieser Beziehung läßt sich nun nicht in Abrede stellen, daß der zum Selbstbewußtsein erwachten Kraft der Massen auf die Dauer kein erfolgreicher Widerstand geleistet werden kann, wenn dieselbe nicht entweder als Triebkraft für die Fortbildung der Menschheit im Staatsleben benutzt oder beständige Gefahr gelaufen werden soll, daß sich dieselbe an irgend einer Stelle übermächtig anhäuft und durch einen gewaltigen Ausbruch den Gesamtbestand der Gegenwart in Trümmer zerschlägt.

Wie das Wasser, so lange es in seinem ursprünglichen Wesen bleibt, sowohl als befruchtendes Element wie als Triebkraft ohne große Gefahr wirkt, wenn es aber einmal in Dampf verwandelt ist, entweder für eine geregelte Thätigkeit benutzt oder seine Explosion befürchtet werden muß, so ist die Masse des Volks unschwer zu leiten, so lange es weder seiner Rechte noch seiner Kraft bewußt geworden ist. Mit Eintritt dieses Zeitpunktes aber bleibt nur übrig, demselben eine regelmäßig erhöhte Wirksamkeit anzuweisen und die entwickelte Kraft zur eigenen Regelung zu verwenden, oder in der beständigen Erwartung zu stehen, daß es die ihm gesetzten Grenzen erreicht und zersprengt. Darüber

ist das Volk hinlänglich aufgeklärt, daß es, wenn es nur will, Alles durchsehen kann, und es kommt daher nur noch darauf an, diese thatsächliche Kraft in den Organismus der Staaten als eine berechnete aufzunehmen und ihr eine Wirksamkeit zu eröffnen, worin sie dem Allgemeinen dient. Aus diesem Grunde allein, nicht weil die Freiheit davon bedingt wäre, und dann weil es das sicherste Mittel ist, im Volke das Bewußtsein der Einheit und Zusammengehörigkeit lebendig zu erhalten, erklären auch wir uns für ein Volkshaus in der Verfassung des deutschen Bundes und freuen uns, daß Oestreich nach glaubhaften Versicherungen in dieser Beziehung der öffentlichen Stimme nachgegeben hat. Allein da die verschiedenen Stämme, die zusammen das deutsche Volk bilden, auf verschiedenen Stufen des Machtbewußtseins, das heißt der politischen Bildung stehen, so halten wir es für einen Mißgriff, wenn für alle deutschen Stämme ein Wahlgesetz durchgeführt werden soll und betrachten es vielmehr als ein Merkzeichen politischer Weisheit, daß Amerika den einzelnen Staaten die Bestimmung des Wahlrechtes überläßt und für die Gesamtheit Jeden als wahlberechtigt anerkennt, welchen der einzelne Staat dafür gelten läßt, während allgültige Vorschriften für die Wahlfähigkeit in dem gemeinsamen Zweck ihre Berechtigung finden.

Hat es uns bisher gegolten, den Nachweis zu führen, daß keiner der bis jetzt öffentlich vorgelegten Verfassungsentwürfe den Bedürfnissen des deutschen Volkes entspricht, so wenden wir uns nun zu der Hauptaufgabe dieser Schrift, diejenige Form des Bundesstaates zu erörtern, von welcher wir uns überzeugt halten, daß dieselbe als eine unab-

weisbare Forderung der geschichtlichen Entwicklung des deutschen Volkes sich geltend macht, weil sie am meisten geeignet erscheint, das Gemeinsame und Besondere der deutschen Stämme zur vollen Blüte zu bringen und das germanische Gesamtvolk der Erfüllung seiner weltgeschichtlichen Bestimmung auf dem kürzesten Wege entgegen zu führen.

Die Stellung Oesterreichs.

Unter allen Ereignissen der Neuzeit ist keines wichtiger und folgenreicher als die Verkündigung der Reichsverfassung für Oesterreich. Standen auch schon bis dahin die zahlreichen Länder, welche seit fast einem halben Jahrtausend das Erbe des Hauses Habsburg bilden, durch die pragmatische Sanction zueinander in Beziehung, so war doch ihre Vereinigung lediglich an die Person des gemeinsamen Herrschers geknüpft, und erst durch die Verfassung vom 4. März wird das Band einer untrennbaren dinglichen Einheit um dieselben geschlungen. Vom 4. März datirt für Oesterreich eine neue vielversprechende Zeit. Es ist hier nicht der Ort, die Berechtigung des Kaisers zum einseitigen Erlass der Verfassung einer Erörterung zu unterwerfen; sie besteht jedenfalls als vollendete Thatfache und ist von den meisten Kronländern ausdrücklich oder stillschweigend anerkannt. Ungarn und Italien, welche sich mit den Waffen dagegen erhoben, sind eben dadurch jedes Rechtes auf Widerspruch verlustig gegangen und haben die Begünstigungen, welche die Verfassung auch für sie in Aussicht stellt, nur noch als eine Gnade zu empfangen.

Die Bestimmungen dieser Verfassung sind die breitesten; denn sie gründen den Bau auf ein freies Gemeindeleben, sichern den einzelnen Kronländern und sämtlichen Volksstämmen ihre nationale Selbstständigkeit und behalten der obersten Reichsverwaltung nur die Gegenstände vor, ohne welche die Reichseinheit nicht denkbar ist. Die Angelegen-

heiten der Krone, die völkerrechtliche Vertretung, die Beziehungen zur Kirche sowie die Ueberwachung des höhern Unterrichts, das Heerwesen, der Reichshaushalt, Handel, Gewerbe und Verkehr sammt allen die Wahrung der innern Sicherheit des Reichs betreffenden Einrichtungen, sind nothwendige Ausstattungen der Reichsgewalt und können nur in ihrer Hand zum Vortheil Aller ausgeübt werden. Zwar bliebe denkbar, daß mit Hülfe dieser Vorbehalte die zugesicherte Selbstverwaltung auch in ungebührlichem Grade beschränkt werden könnte, allein die für Reichs- und Landesangelegenheiten in freisinnigster Weise durchgeführte Theilung der gesetzgebenden Gewalt mit den Land- und Reichstagen sichert in dieser Beziehung gegen jeden Uebergriff, und das Wahlrecht ist in so ausgedehnter und freisinniger Weise festgestellt, daß auch in Hinsicht auf die Berufung des Volkes zur Theilnahme an der Ausführung der Verfassung kein berechtigter Wunsch übrig bleibt. Selbst die letzte Veranlassung zum Mißtrauen wird durch die Art und Weise beseitigt, in welcher die in der Verfassung niedergelegten Verheißungen, so weit dieselben von der Krone allein zu erfüllen waren, in Ausführung gebracht worden sind. Das Preßgesetz, das Gesetz über das Vereinsrecht und noch in höherm Grade das Gemeindegesetz, sammt den Verfügungen über die neue Einrichtung der Rechtspflege und Verwaltung sind in durchaus constitutionellem Geiste gedacht und verkündigt und beseitigen so gründlich den Verdacht eines Rückhaltes, daß sie vielmehr der Gesetzgebung aller andern deutschen Staaten zum Vorbild dienen könnten. Die einzige Zusage, daß die Verfassungen aller einzelnen Kronländer, welche das Reich bilden, noch im Laufe des Jahres 1849 in Wirksamkeit treten sollen,

ist bisher unerfüllt geblieben, allein es sind alle Vorbereitungen getroffen, um auch in dieser Beziehung das kaiserliche Wort auszulösen.

Und mit gleicher Offenheit und Redlichkeit, wie bei der Ausführung der einmal gegebenen Verfassung, die vielleicht von keinem Reichstag, welcher nach dem 4. März hätte berufen werden mögen, in gleich freisinniger Weise bewilligt worden wäre, ist Oesterreich seit seiner Neugestaltung auch in seinen auswärtigen Beziehungen zu Werke gegangen. Es kann nicht oft genug hervorgehoben und wiederholt werden, daß Oesterreich der erste und bis zu Hannovers Nachfolge der einzige deutsche Staat gewesen ist, der sich über seine Stellung zur Nationalversammlung, Ersteres sogar noch vor deren Zusammentritt, mit rückhaltsloser Entschiedenheit aussprach, und wenn die Note des Ministeriums Pillersdorf vom 25. April in Frankfurt verheimlicht wurde, so hat die österreichische Regierung selbst die erste Gelegenheit ergriffen, welche sich ihr darbot, um dieselbe zu veröffentlichen. Wenn Herr von Gagern nichtsdestoweniger am 20. Mai die Machtwollkommenheit der Nationalversammlung zum Ausgangspunkt seiner Bestrebungen nahm, so ist es nicht das einzige Mal gewesen, daß ihm die Sprache des österreichischen Kabinetts vielleicht nur deshalb unverständlich geblieben ist, weil sie ohne Hintergedanken den Absichten desselben Ausdruck gab. Daß aber Oesterreich in seinem vollen Rechte war, wenn es den als einen unauflöslichen völkerrechtlichen Verein geschlossenen Bund aufrecht erhielt, als der Haß gegen die Bundesversammlung auch den Bund hinweg zu spülen bemüht war, und daß es ein Recht hatte, der zur Vereinbarung gewählten Versammlung die Befugniß zu einseitiger Feststel-

lung der Verfassung zu bestreiten, wird gegenwärtig kaum noch von einigen Mitgliedern dieser Versammlung bestritten, deren ehemalige Mehrheit so weit herabgebracht ist, selbst eine von den Regierungen einseitig festgestellte Verfassung als Rettungsanker in dem allgemeinen Schiffbruch für annehmbar zu erklären. Das Gesetz vom 28. Juni sowie den Bundesbeschluß vom 12. Juli hat Oesterreich ohne Vorbehalt anerkannt, wie sich schon aus der Unterstellung seiner in den Reichsfestungen befindlichen Truppen unter den Befehl des Reichskriegsministers und aus der Beschickung der Reichsgewalt mit einem Gesandten ergibt. Ebenso ist es bekannt, daß es die Verkündigung der Wechselordnung zugesichert hat, wogegen es den Beschluß wegen Aufhebung des Geldausfuhrverbotes schon aus dem Grunde unbeachtet lassen mußte, weil derselbe jenseit der Grenzen der Zuständigkeit der Nationalversammlung lag und nicht einmal der Bundestag berechtigt gewesen sein würde, in dieser innern Angelegenheit einen Beschluß zu fassen. Die Beiträge zur deutschen Flotte hat es niemals als eine unzulässige Forderung abgewiesen, sondern vielmehr durch das Verlangen der Gegenrechnung als an sich gegründet anerkannt, und wenn es dem unglückseligen Beschluß vom 27. October über die §§. 2 und 3 der Reichsverfassung seine Zustimmung versagte, so hat es damit nicht bloß den Standpunkt der Vereinbarung festgehalten, sondern auch eine heilige Pflicht gegen sich selbst und gegen Deutschland erfüllt.

Ueber die mißverständliche Auffassung der bekannten Programms vom 27. November hat sich Oesterreich für jeden Unbefangenen zu voller Genüge ausgesprochen, und alle seine Erklärungen vom 10. December bis zum 10. Juni geben

über seine Stellung zu Deutschland und zu den einzelnen Regierungen so offene und bestimmte Auskunft, daß nur der böse Wille der Reichsversammlung sich darüber täuschen und nur den Anschwärzungen und Verdächtigungen der erbkaiserlichen Partei es gelingen konnte, für einige Zeit auch die öffentliche Meinung über die Absichten Oestreichs irre zu führen. Durch die mit Preußen gewechselten Noten, durch die ernste Mißbilligung der von dem Ministerium Brandenburg gegen die Centralgewalt versuchten bundeswidrigen Schritte ist auch der letzte Schleier gehoben, und wenn auch jetzt noch untergeordnete Geister das gegen Oestreich erhobene Geschrei unterhalten, so ist deren Beschränktheit zu sehr in das Auge fallend, als daß auf ihre Verhekung großes Gewicht gelegt werden könnte. Wenn aber der Abgeordnete Simson, einst Vorsitzender der Nationalversammlung, in der Kammer der Abgeordneten zu Berlin zu sagen sich erdreistete, es sei mit der österreichischen Verfassung nicht auf ihre Ausführung abgesehen, so muß derselbe entweder sehr schlecht unterrichtet oder sehr misstrauisch sein. Die Thatsachen sprechen gegen ihn, und sicher wird Oestreich sich dadurch nicht hindern lassen, auf der einmal eingeschlagenen Bahn fortzuschreiten, und die Ausbildung und Feststellung auch der deutschen Verhältnisse nur auf dem Wege des Rechtes zuzulassen, ohne doch den Forderungen und Zugeständnissen der Neuzeit die berechnigte Anerkennung zu versagen. Vollkommen überzeugt von Oestreichs redlicher Absicht und von der Aufrichtigkeit seiner Versicherung, daß es bereit sei, der Neugestaltung Deutschlands im Sinne des Bundesbeschlusses vom 30. März v. J. jede Förderung angedeihen zu lassen, müssen wir um so mehr beklagen, daß es nicht immer den bösen Schein vermieden hat,

denn die Abberufung der österreichischen Abgeordneten in Folge des unglückseligen Beschlusses vom 28. März, zu dem noch überdies so Wenige mitgewirkt hatten, können wir nur für einen Fehlgriff halten. Ganz abgesehen davon, daß wir keine Regierung zu dieser Abberufung an sich berechtigt halten, brachte auch dieser Schritt zuerst Unsicherheit in den Gang der noch in der Bildung begriffenen großdeutschen Partei und vereitelte jede Möglichkeit, auf den gesetzlichen Weg wieder einzulenken. Ja er hat ohne alle Frage höchst wesentlich zu den spätern Ueberstürzungen der Reichsversammlung und zu dem kläglichen Ausgang beigetragen, welchen der erste Versuch genommen hat, eine Verständigung zwischen den Regierungen und dem Volke Deutschlands herbeizuführen. Noch halten wir inzwischen die Hoffnung fest, daß Oestreich, welches mit großem Bedacht seine eigene Verfassung an die bestehenden Zustände anzuknüpfen bemüht ist, nicht länger die unabweißbare Nothwendigkeit verkennen werde, daß die neue deutsche Bundesverfassung, möge sie festgestellt werden, in welcher Weise sie wolle, mit einer auf Grund des Bundesbeschlusses vom 7. April neuberufenen oder ergänzten Versammlung zu Stande gebracht werden muß, weil es schon formell unthunlich ist, nach Auflösung des Bundestags den fraglichen Beschluß zu verändern, wozu ohnehin bei der jetzigen Lage der Dinge und bei dem eingetretenen Wechsel der Stimmung auch nicht der entfernteste Anlaß vorhanden ist. Kaum hat irgend ein Uebel sich so tief in das Mark des Volkslebens eingefressen, als die Verzweiflung am Rechte, und wahrlich, es würde den Regierungen hoch angerechnet werden, wenn sie gerade in diesem Falle, wo es sich um dauernde Begründung der dem

Volke gemachten Zugeständnisse handelt, nicht auch um eines Haares Breite von den Grundlagen des Rechtes sich entfernen wollten.

Haben wir bis hierher die Beschuldigung zu widerlegen gesucht, daß Oestreich nicht mit aufrichtigem Sinne die Bahn des constitutionellen Staatslebens eingeschlagen habe, zu dessen Grundsätzen der Kaiser sich bekennt, und ist es uns gelungen, darzuthun, daß Oestreich sich Deutschland gegenüber, vom ersten Anbeginn der Bewegung an, mit der größten Offenheit und in den strengsten Grenzen seiner vertragsmäßigen Rechte und Pflichten gehalten hat, so erübrigt noch, den weiteren Beweis zu führen, daß die Verfassung vom 4. März den Zutritt Oestreichs mit seinen außerdeutschen Ländern zu dem deutschen Bunde nicht nur nicht erschwert, sondern erleichtert, und für beide Theile in hohem Grade wünschenswerth macht.

Die Gründe ergeben sich aus der Verfassung selbst. Zuerst ist Oestreich, welches bisher nur mit seinem deutschen Fürstenhause und mit seinen deutschen Ländern Deutschland angehörte, durch die Erklärung Wiens zur Hauptstadt des Kaiserreichs und zum Sitz der Reichsgewalt ein wesentlich deutsches Reich geworden, und das größte Hinderniß eines engern Anschlusses, die gesetzliche Herrschaft des Magyarenthums ist durch die Verfassung für immer gebrochen. Indem durch den Art. 71 wie für das ganze Kaiserreich auch für Ungarn die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und landesüblichen Sprachen in allen Verhältnissen des öffentlichen und bürgerlichen Lebens als unverbrüchliches Reichsgesetz festgestellt wird, hat zwar das Deutschthum jedem Anspruch auf Herrschaft und Vorrecht entsagt, allein eben da-

durch ist zugleich jeder Grund der Anfeindung beseitigt. Weder die Ungarn, noch die Slawen, noch selbst die Italiener, deren Sprachen und Nationalitäten die gleiche verfassungsmäßige Sicherstellung genießen, haben für die Zukunft Ursache, einer engeren Verbindung mit Deutschland zu widerstreben. Denn durch diese Bestimmung wird der Kampf der Nationalitäten um die Herrschaft auf einen friedlichen Wettstreit um den Vorrang der Bildung zurückgeführt, und es steht nicht zu fürchten, daß die Ueberlegenheit, die von Deutschland im Augenblick des Sieges freiwillig aufgegeben wurde, unter ungünstigern Verhältnissen von neuem angestrebt werden könnte. Da nun noch überdies eine Verbindung mit Deutschland nur auf dem Fuße völlig gleicher Berechtigung der verbündeten Staaten denkbar ist, so kann den in Oestreich lebenden Völkern fremder Abstammung daraus nur eine Sicherheit mehr für ihre nationale Entwicklung erwachsen, und keine andere staatliche oder völkerrechtliche Verbindung vermag ihnen größere Vortheile zu gewähren.

Ein zweites, für unübersteiglich gehaltenes Hinderniß der innigern Verbindung zwischen Oestreich und Deutschland hat bis hierher die Trennung der östreichischen Lande durch die ungarische Zolllinie dargeboten, und man trachtete sogar durch die Verbindung Oestreichs mit den übrigen deutschen Ländern diese Schwierigkeit noch zu erhöhen. Auch diese Schranke ist durch die Verfassung gefallen, denn Art. 7 bestimmt, daß das ganze Reich nur ein Zoll- und Handelsgebiet bildet, daß Binnenzölle unter keinem Vorwande wieder eingeführt werden dürfen, wohl aber der Reichsgewalt vorbehalten bleibt, den Einschluß fremder Gebiete in die Zolllinien zu verfügen.

Schon früher, als noch nicht daran zu denken war, daß es

in Oestreich zu einer so durchgreifenden Neugestaltung kommen werde, haben wir an einem andern Orte den Vorschlag gemacht, für den Fall, daß Oestreich nicht ganz zum deutschen Bunde treten könne, man sich mit demselben dahin vergleichen möge, daß es sein eigenes Heer beibehalten, dagegen aber mit Deutschland zu einem unauflöslichen Zollverband sich vereinigen solle, um auf diesem Wege sich gegenseitig in die Unmöglichkeit zu versetzen, eine feindselige Stellung einzunehmen, weil ein Krieg aus gemeinschaftlicher Kasse schlechtthin undenkbar ist. Wir haben schon bei jener Gelegenheit hervorgehoben, daß selbst die sich in jeder andern Hinsicht bekämpfenden Anhänger des Freihandels und der Schutzzölle darüber einverstanden sind, daß ein Zollgebiet um so vortheilhafter ist, einen je größern Markt es eröffnet. Würde daher ein Markt von 70,000 Quadratmeilen für den Gewerbsleiß gewonnen und durch mäßige Zölle gesichert, so kämen unzweifelhaft beide Theile ihrem Ziele näher, und um den Preis einer solchen Einigung wird auch der entschiedenste Freihandelsmann gern sich einen höhern Zoll, selbst auf eine längere Reihe von Jahren hinaus, gefallen lassen, als er sonst zu billigen in dem Falle sein würde. Es steht dem auch nicht entgegen, daß der Verbrauch der größern Hälfte der östreichischen Bevölkerung jedenfalls beitem geringer ist, als der des übrigen Deutschland, und daß daher die Vertheilung des Zolles nach Köpfen, die doch im Großen und Ganzen die einzig ausführbare ist, mindestens scheinbar eine große Unbilligkeit enthalten würde. Allein auch dieser Einwand, möchte er auch für die ersten Jahre begründet sein, dürfte doch ein solches Abkommen nicht hindern, da es unstreitig gerathener ist, dem Frieden und der Stärkung der innern

Kräfte, als dem Kriege und ihrer Schwächung Opfer zu bringen. Auch darf hierbei nicht außer Acht gelassen werden, daß Oestreich nach der Befreiung seines Grundbesitzes einer unermesslichen Entwicklung entgegengeht, daß es zum großen Theile eine sehr wohlhabende Bevölkerung und gerade in seinen östlichen Landestheilen seit Jahrhunderten angehäuften Ersparnisse besitzt, die nur in die rechten Kanäle geleitet werden dürfen, um sich befruchtend über ganz Deutschland zu ergießen. Endlich darf auch nicht vergessen werden, daß gerade die nichtdeutschen Länder Oestreichs Raum für Millionen deutscher Auswanderer haben, welche, nachdem die Fesseln des Bodens und des Glaubens dort vollständig gebrochen sind, ganz von selbst und unaufhaltsam in diese Gegenden einströmen und dadurch dem gemeinsamen Zollgebiete eine Menge von Kapitalien und von Arbeitskräften erhalten werden, die jetzt über das Meer ziehen und für Deutschland gänzlich verloren gehen.

Allerdings macht der Zutritt von ganz Oestreich zu dem deutschen Bunde die Ausführung des frankfurter Reichsverfassungsentwurfs ebenso unmöglich als die des berliner, und selbst wesentliche Abänderungen der Bundesakte werden sich nicht umgehen lassen. Dennoch glauben wir nicht, daß daraus für die Einheit, die Macht und die Wohlfahrt Deutschlands irgend ein Nachtheil entspringen würde, wenn man nur den bewährten Grundsatz festhält, die Einheit auf das Nothwendige zu beschränken, im Gleichgültigen Freiheit zu gewähren, in allen Beziehungen aber die vollständigste Offenheit und Billigkeit walten zu lassen.

Wir haben uns früher zu der Ansicht bekannt, daß es am gerathensten sein dürfte, auf Deutschland die Verfassungs-

form der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu übertragen und die vollziehende Gewalt einem von dem Volke aus der Zahl der deutschen Fürsten zu wählenden Reichsstatthalter, mit angemessener Theilnahme des zu bildenden Staatenhauses, zu übertragen. Der Verfasser der mehrfach erwähnten Denkschrift hat uns vollständig überzeugt, daß ein solches Reich in seiner Massenhaftigkeit zu unbehülflich sein würde, als daß es uns zur rechten politischen Größe führen und Deutschland den Einfluß auf Europa sichern könnte, der ihm insbesondere als Träger der Gesittung unzweifelhaft gebührt.

Wer immer seinen Blick vor der Macht der Thatfachen und der gegebenen Verhältnisse nicht verschließt, der kann sich der Ueberzeugung nicht entziehen, daß Oestreich so wenig als Preußen sich von einer Versammlung, in welcher jeder einzelne dieser Staaten nur eine Minderheit bildet, Gesetze auferlegen lassen werde, die seinen innern Haushalt betreffen. Es muß daher eine Form gefunden werden, welche die Selbstständigkeit mit der Einheit versöhnt, und Oestreich hat sehr richtig die strenge Begrenzung der Bundesgewalt auf die Zwecke des Bundes als diesen Ausweg bezeichnet. Oestreich selbst macht keinen Anspruch darauf, die bürgerliche und strafrechtliche Gesetzgebung derjenigen seiner Kronländer, die eine eigene Gesetzgebung haben, von Reichstagswegen zu regeln und stellt die Herbeiführung einer wünschenswerthen Uebereinstimmung bloß als Ziel anzustrebender Vereinigung auf. Mehr kann es daher auch der deutschen Reichsversammlung nicht zugestehen, und da es ein unverbrüchlicher Grundsatz bleibt, daß alle Angelegenheiten, die in kleinern Kreisen ihre vollständige Erledigung finden können, dieselbe nicht in weitern Kreisen suchen dürfen, so leuchtet ein, daß Oestreich dem

deutschen Bunde nichts zugestehen kann, was es in dem Reich seiner eigenen Kräfte vollständig erreichen kann. Schutz nach Innen; Vertheidigung gegen minder mächtige Staaten; Vertretung seiner besondern Angelegenheiten auch nach Außen, sind Aufgaben des österreichischen Gesamtstaates und jede Einmischung in dieselben würde vom Uebel sein. Die Hauptaufgabe des Bundes muß viel weniger in einem thätigen Eingreifen als in der Verhütung aller Uebergriffe gesucht werden, welche sich der selbständigen Entwicklung der Bundesstaaten hindernd in den Weg stellen könnten. Die Selbstverwaltung ist die Regel des öffentlichen Lebens, welche Oesterreich in seiner Verfassung anerkannt hat und ihre Durchführung ist die Aufgabe aller heutigen Staaten geworden. Raum zu schaffen gilt es für jede geordnete Thätigkeit der Menschen und dadurch der socialen Frage die Spitze abzubringen; denn je allgewaltiger dieselbe um sich gegriffen hat, desto weniger genügen die Mittel, über welche die kleinen Staaten gebieten, um den Einzelnen wie der Gesamtheit den Schutz zu gewähren, auf dessen Gewähr die sittliche Nothwendigkeit des Staates beruht. Wie aus der Familie die Gemeinde, aus der Gemeinde der Staat erwachsen ist, so führt die fortschreitende Zeit zum Staatenvereine, der seine natürliche Vollendung in dem großen Friedensbunde finden wird, in welchem der Wille, Jedem Recht widerfahren zu lassen, durch seine Einstimmigkeit die Verwirklichung sichert.

Die Lage Preußens.

In einer beizeitem minder günstigen Lage als Oestreich befindet sich Preußen. Jenes wird, nachdem es seine Feinde im Innern bewältigt und seinen großen Verjüngungsproceß begonnen hat, zu einer Machtfülle gelangen, die für Deutschland nur deshalb keine Befürchtungen erregt, weil sie von dem deutschen Element getragen wird. Seine Hülfquellen sind kaum angebrochen und es ernährt auf seinem fruchtbaren Boden mit Leichtigkeit die Doppelzahl seiner jetzigen Bevölkerung. Preußens Kräfte sind noch nicht erschöpft, allein in hohem Grade angespannt, und weil es nicht in sich wachsen kann und eine Stellung zu behaupten hat, die fast über seine Kräfte geht, so ist es auf äußere Vergrößerung angewiesen, die es nur auf Kosten seiner Nachbarn suchen kann und durch die Dreikönigsverfassung wirklich sucht. Hat auch Oestreich in frühern Zeiten sich nicht freigehalten von dem Gelüst, sich auf Deutschlands Kosten zu vergrößern, so ist es doch niemals auf Eroberung ausgegangen. Preußen ist von jeher ein erobernder Staat gewesen, und seit Friedrich II. den Bruch seiner Anerkennung der pragmatischen Sanction mit einem Wigwort rechtfertigte, ist es dieser Staatskunst unwandelbar treu geblieben und hat seinen Weg nicht immer mit redlichen Mitteln verfolgt. Seine Beute aus dem bayerischen Erbfolgekriege, die Theilungen Polens, der Basler Friede,

der Austausch der fränkischen Herrschaften gegen Hannover; die niemals verhehlten Absichten auf den Erwerb von Sachsen, die es im Kalischer Vertrag verwirklichte, nachdem Sachsen jede Vergrößerung auf Kosten Preußens zurückgewiesen hatte, sind ebenso viele thatsächliche Belege für die aufgestellte Behauptung. Ebenso wenig unterliegt es einem Zweifel, daß Preußens Staatsmänner noch heute dieselbe Politik verfolgen, wenn sie auch ihren Zweck zunächst auf dem friedlichen Wege der Ueberredung und der Drohung zu erreichen suchen. Es versteht sich nach den Äußerungen seiner Führer so ganz von selbst, daß Preußen an die Spitze von Deutschland tritt, daß ihm die Reichsvorstandschafft erblich übertragen wird, daß es ihnen auch gar nicht einmal einfällt, daß das übrige Deutschland, auch ohne Oestreich, an Bevölkerung ihm mindestens gleichsteht, an Wohlstand, Betriebsamkeit und Vertheidigungsfähigkeit aber, wenn es nur einig sein will, Preußen weit übertrifft.

Keine Regierung ist geübter als die preussische, von den Schlagworten der öffentlichen Stimmung zu ihren Gunsten Gebrauch zu machen. So geschah es im Jahre 1813; so im Jahre 1840; so im Jahre 1848. Allein wie im Jahre 1823 der König zu der Ueberzeugung geführt wurde, daß es noch nicht an der Zeit sei, das im Jahre 1815 seinem Volke gegebene Versprechen einer Verfassung zu verwirklichen; wie im Jahre 1840 die Regierung Veranlassung fand, die Erfüllung des bei der Krönung des Königs in Königsberg gegebenen Wortes zu umgehen; wie sie im Jahre 1848 eine Vereinbarung der Verfassung zusagte und bei der ersten Schwierigkeit, die sich zeigte, die

gegebene Zusage zurücknahm, so spricht im Jahre 1849 ein Vertrauter des Ministeriums offen aus, daß, wie es im März 1848 Bedürfniß der Zeit gewesen sei, eine Zusage zu machen, so sei es im Jahre 1849 Bedürfniß der Gegenwart, dieselbe unerfüllt zu lassen. Die Angriffe gegen die zu Recht bestehenden Grundlagen der Verfassung erfolgen so rückhaltlos, daß Männer, die königlicher sind als der König, daran erinnert werden müssen, daß Treue gegen das gegebene Wort von Alters her als eine Erbtugend des deutschen Volkes gegolten habe.

Niemand wird in Abrede stellen wollen, daß Preußen vortreffliche Einrichtungen, einen geordneten Haushalt, ein kriegstüchtiges Heer, einen wohlgeschulten Beamtenstand, eine gewerbleißige Bevölkerung und einen hohen Grad von allgemein verbreiteter Bildung besitzt. Allein es geht ihm ein Besizthum ab: die Bescheidenheit. Wie groß seine Vorzüge sind, so ist doch seine Ueberhebung noch ungleich größer, und daher mag es kommen, daß es in ganz Deutschland gleich sehr gefürchtet als verhaßt ist. Die Einzelnen sind meist unterrichtet, gewandt, oft liebenswürdig; allein man frage in Schlesien, in Dresden, in Baden nach, wo sie in Massen gestanden haben, und man wird überall, wenn nicht ausgesprochene Feindseligkeit, so doch verletztes Selbstgefühl als den bleibenden Eindruck finden, welchen sie hinterlassen haben.

Die tiefen Gründe dieser Erscheinung hier zu erörtern, würde uns zu weit führen. Einen Fingerzeig gibt vielleicht eine von Dr. Eilers in seiner Schrift über die Verwaltung des Ministers Eichhorn angezogene Edict Friedrichs II., der sich bekanntlich seines Atheismus rühmte, und

gleichwohl die Geistlichen anweist, bösen Exempeln entgegenzuwirken, weil dadurch „untüchtige und pflichtvergeßene Unterthanen gegen Unsere Allerhöchste Person, Unsern Dienst und vorgesetzte Obrigkeit erwachsen.“ Thatsache ist ferner, daß das preußische Erziehungssystem vorzugsweise auf die Bildung des Verstandes, bei gänzlicher Vernachlässigung der Bildung des Herzens berechnet war, und für den Erfolg zeugt die hohe Stufe der Ausbildung, welche insbesondere in Berlin, bis in die untersten Classen herab, den Sinn für wirkliche Vergleichung erreicht hat, wie der Beifall, den selbst die höhern Kreise der Begriffsspielerei der Hegelschen Schule gespendet haben.

Und nirgend hat diese Geistesrichtung sich nackter und unverhohlener geltend gemacht, als bei der Auffassung und Behandlung der deutschen Frage. Ehe wir dies jedoch aus den gepflogenen Verhandlungen selbst nachweisen, fühlen wir uns gedrungen, einmal für allemal zu erklären, daß wir die Person des Königs von allen Verirrungen der preußischen Regierung freisprechen. Ueber ihn theilen wir ganz die Ansicht, welche der schon vorhin genannte Eilers aus eigenen nahen Berührungen geschöpft zu haben versichert, daß die deutsche Geschichte keinen Fürsten aufzuweisen habe, der mit einem vollern und reinern Herzschlage für Preußens und Deutschlands Wohl das Scepter getragen hat. In seinem Munde war es sicher eine Wahrheit, wenn er am 18. März das Gelübde aussprach, daß Preußen in Deutschland aufgehen solle, allein er steht in seinem Volke vereinzelt, und es war Graf Arnim, der dieses Gelübde in sein Gegentheil umdeutete; derselbe Graf Arnim, der einen ausdrücklichen Antrag darauf gestellt hat,

die verheißene Beeidigung des preussischen Heeres auf die Verfassung aus der Verfassung wegzulassen.

Noch ist es in Aller Gedächtniß, welchen Sturm der Entrüstung in ganz Deutschland die gleichzeitige Aeußerung des Königs hervorrief, daß er sich an die Spitze von ganz Deutschland stellen wolle, und wie nach wenigen Tagen eine amtliche Berichtigung der königlichen Worte erschien, mit dem eingestandenen Zwecke, die deutschen Fürsten und Völker hinsichtlich der Absichten Preußens zu beruhigen. Es ist ebenso noch erinnerlich, daß Preußen der erste Staat war, der die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung anordnete und in seiner Rücksichtnahme für das Vorparlament so weit ging, die bereits durch den vereinigten Landtag vollzogenen Wahlen zurückzunehmen und auf Grund des Bundeswahlgesetzes neu auszuschreiben. Nicht minder bereitwillig erfolgte die Anerkennung des Gesetzes über die Bildung der provisorischen Centralgewalt, und wenn sich am 6. August Schwierigkeiten erhoben, so bewies das Benehmen des Königs in Köln, daß diese Anstände nicht von seiner Person ausgegangen waren. Am 23. October konnte Minister von Schmerling der Nationalversammlung die beruhigendsten Versicherungen hinsichtlich der Anerkennung der Centralgewalt geben und namentlich hervorheben, daß Preußen sein ganzes Heer derselben zur Verfügung gestellt habe.

Dieses befriedigende Einvernehmen erlitt einen ersten Stoß, als die Nationalversammlung gerechtes Bedenken trug, den Waffenstillstand von Malmö gutzuheißen und die beklagenswerthen Zugeständnisse der preussischen Unterhändler zu genehmigen. Wir geben zu, daß der damalige Reichsminister des Aeußern diese Angelegenheit auf die möglichst

unangemessene Weise behandelte; es bleibt inzwischen ebenso gewiß, daß Preußen das Vertrauen, welches man ihm Seiten des Reichsministeriums bewiesen hatte, auf eine schwer zu erklärende Weise misbrauchte, und die Wahrung der Ehre Deutschlands in Dänemark Männern anvertraute, welche offenbar kein Herz für Deutschland hatten. Inmittelfst geschah das Unerwartetste; die preußische Regierung fand sich bewogen, die zur Vereinbarung einer Verfassung berufene Landesversammlung aufzulösen und mit Einem eine neue Verfassung und ein neues Wahlgesetz einseitig herauszugeben. Daß ein mit dem vereinigten Landtage in rechtsgültiger Form übereingekommenes Wahlgesetz vorhanden war, dessen Beseitigung auch im äußersten Falle als ein Verfassungsbruch angesehen werden mußte, blieb dabei unberücksichtigt. Die Reichsversammlung hatte schon damals ihre Haltung so weit verloren, daß sie fast nur noch unausführbare Beschlüsse faßte, zu denen gleichwohl die Centren in den meisten Fällen mitwirkten. Als ausgemacht ist es aber anzusehen, daß gleichzeitig von ihren Führern, den Gagern, Simson, Hergenhahn, Bassermann, sowie von dem hinter ihnen stehenden Dahlmann und seinen Vertrauten die Fäden angeknüpft worden waren, aus welchen das Netz des preußischen Erbkaiserthums gewoben werden sollte. Und ob es wohl keinem Zweifel unterliegt, daß Gagern schon damals vom König die bestimmte Erklärung erhielt, daß er die ihm von der Nationalversammlung angebotene Krone nicht annehmen werde, so ist doch die höchste Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß ihm von einflußreicher Seite her entgegengesetzte Hoffnungen gemacht wurden. In Frankfurt war zu jener Zeit eine Furcht vor der rothen Republik herrschend, die es zu keiner ruhigen Erwä-

gung mehr kommen ließ. Man empfand nur noch das Bedürfniß des Schutzes, und an die größte Macht sollte Deutschlands Krone um den Preis des Schutzes losgeschlagen werden. Zweimal wurde die Erbllichkeit verworfen und selbst im Verfassungsausschuß der Antrag nur durch unzurechtfertigende Benützung der Abwesenheit ihrer Gegner durchgesetzt. Oestreichs Absichten wurden verleumdete und seine Anträge verhöhnt; man liebäugelte mit Ungarn und scheute selbst den Bund mit der verhassten Linken nicht, um nur zum Ziele zu kommen. Es war eine unaufrichtige Partei, die dieses that, denn es war bekannt, daß sie ihre Zugeständnisse nur in der Voraussetzung machte, daß der einmal gewählte Kaiser dieselben zu beseitigen im Stande sein werde. Gegen das Verhalten der preussischen Regierung, so weit es offen vorliegt, war damals nicht das Mindeste einzuwenden. Sie schlug mit voller Entschiedenheit den Weg der Vereinbarung ein und ließ die Versammlung über ihre Auffassung durchaus nicht im Zweifel. Der Erfolg ist bekannt. Die Nationalversammlung verwarf zwar den von Welker gestellten Antrag, nahm aber die Verfassung in übereilter Abstimmung an, und dies kaum geschehen, maßte sie sich auch der Rechte des ersten verfassungsmäßigen Reichstags an, und schritt zu der Wahl eines Reichsoberhauptes, zu welcher sie in keinem Falle befugt und gewählt war.

Der König schlug die ihm dargebotene Krone aus und wies die Reichsversammlung in ihre Schranken zurück; er bewährte sich hier als den redlichen Mann, für welchen wir ihn von jeher gehalten haben. Anders sein Ministerium.

Denn auf dessen Seite beginnt mit dieser Zurückweisung eine Thätigkeit, welche fast das Ansehen hat, als ob

man der Weigerung des Königs nur mit widerstrebendem Herzen sich gefügt habe. Von den Fürsten suchte man zu erlangen, was man dem Volke anzunehmen verweigert hatte, und als die Zustimmung minder bereitwillig erfolgte, als vielleicht erwartet worden war, benutzte man die Verlegenheiten, in welchen Sachsen sich bereits befand und Hannover jeden Tag gerathen konnte, um dieselben zu einer Uebereinkunft zu bestimmen, die, wäre sie in Ausführung gekommen, unter verändertem Namen Preußen erblich an die Spitze von Deutschland gestellt und die schon von der Reichsversammlung beschlossene Ausschließung Oesterreichs verwirklicht haben würde. Alle Mittel wurden aufgeboten, um die deutschen Regierungen zur Beistimmung zu bewegen. Die Vorbehalte, welche Hannover und Sachsen bei dem Abschluß dieser nothgedrungenen Uebereinkunft gemacht hatten, wurden verschwiegen; es wurden selbst diejenigen Regierungen zum Beitritt aufgefordert, die bereits durch ihr Wort an die Reichsverfassung gebunden waren, ja welche sie bereits hatten beeiden lassen. Volkesehre und Fürstenwort schien in den Augen der preussischen Regierung für nichts zu gelten, und wir sagen es mit dem tiefsten Schmerz, daß, während die meisten Regierungen, gedrängt zu der Wahl zwischen dem Zutritt zu der Dreikönigsverfassung und der Hülflosigkeit bei drohendem Aufstande, Ausflüchte suchten, um von ihrem gegebenen Wort loszukommen, es auch nicht an Landesversammlungen fehlte, welche der gelobten Treue absagten und oft aus persönlichen Rücksichten die Zustimmung zu dem Dreikönigsbund ertheilten.

Wäre der Versuch gelungen, den Erzherzog Johann zur Verzichtleistung auf die ihm anvertraute Reichsgewalt

zu bewegen, so würde die preußische Herrschaft über Deutschland heute als eine vollendete Thatsache dastehen und vergeblich würden alle Versuche sein, das freiwillig übernommene Joch wieder abzuschütteln. An des edlen Erzherzogs unverbrüchlicher Pflichttreue brach sich der erste Sturm; Bayern gewann Zeit zur Ueberlegung; Württemberg ermannte sich, und da von Bayerns und Oestreichs Zutritt auch Sachsens und Hannovers Beharren bei dem Bunde im Bunde bedingt war, so zerfiel der kühne Bau in sich selbst. Die Zustimmung der preußischen Kammern vermag nicht, einen Todten zu erwecken, und wenn die kleinen Staaten nichts Eiligeres zu thun hatten, als dem Bunde unter der Bedingung beizutreten, daß er ganz Deutschland umfasse, so haben sie dadurch nur die Aermlichkeit ihrer Staatskunst bloßgelegt.

Die Gefahr ist beseitigt; allein der Weg, auf dem sie herbeigeführt wurde, verdient noch einige Worte der nähern Beleuchtung.

Die Dreikönigsverfassung sollte scheinbar auf freier Vereinbarung beruhen und insbesondere einem künftigen Reichstag zur Prüfung und Annahme vorgelegt werden, der von allen dem Bunde beitretenden Ländern nach einem der Verfassung beigefügten Wahlgesetz zu ernennen gewesen sein würde. Diese Verfassung ist ein bloßer Abklatsch des Dahlmann'schen Entwurfs, mit geringen Veränderungen, welche lediglich dazu dienen, die Selbständigkeit der Einzelstaaten noch vollständiger zu vernichten und ihre Fürsten zu Vasallen Preußens herabzusetzen. Die Mehrheit der ehemaligen Nationalversammlung, in Gotha zu einem Reichparlament vereinigt, hat sich auf das Eifrigste für die

Annahme verwendet; dies genügt zur Beurtheilung. Eine Frucht der bedenklichsten Staatskunst ist aber das Wahlgesetz für den Reichstag, welches zugleich mit der Verfassung angenommen werden mußte. Es berührt uns hier nicht, daß dieses Wahlgesetz mit erneuerter Wiederaufhebung des im December von der Regierung selbst gegebenen Wahlgesetzes eingeführt ist, und daß weit über die Hälfte der berechtigten Urwähler sich an den Neuwahlen nicht betheiligt hat, um die einzige Einsprache dagegen zu thun, welche ihnen zugelassen wurde. Es genügt zu bemerken, daß auf Grund desselben eine Kammer gewählt worden ist, welche die freien Zugeständnisse des Königs als Ergebnisse der Revolution anzufechten und zu beseitigen sich gestattet. Die Anwendung dieses Wahlgesetzes, welches weder im Grundsatz noch in der Ausführung mit dem österreichischen sich vergleichen läßt, würde in ganz Deutschland der Rückwühlerei Thür und Thor öffnen und Zustände in Aussicht stellen, welche uns die frühern als ein goldenes Zeitalter erscheinen lassen, denn ist der Geburtsadel vom Uebel, so ist das Aufkommen des Geldadels sicheres Verderben. Es liegt in diesem Wahlgesetz eine Herabwürdigung der Persönlichkeit gegen den Besitz, die nur etwa in der künftigen Stellung der deutschen Fürsten ein Gegenbild findet. Bei der Haltung, welche die preussische Landesversammlung zur Verfassung und zur verfassungsmäßigen Regierung überhaupt eingenommen hat, könnte es befremden, daß sie der Regierung in Beziehung auf die deutsche Frage eine so unbedingte Unterstützung gewährt hat, wie es wirklich der Fall ist. Es liegt darin nur ein Beweis mehr für die Gefahr, mit welcher der Bestand eines Deutschland außer Preußen

durch die Dreikönigsverfassung bedroht wird. Wäre auch nur die entfernteste Möglichkeit vorhanden, daß in dem künftigen Reichstage sich ein Uebergewicht des Deutschthums gegen das Preußenthum geltend machen könnte, so würde die entschiedenste Verwerfung das Loos dieser Verfassung gewesen sein. Allerdings hat die erbkaisерliche Partei dem deutschen Volke das Gegentheil glauben machen wollen; sie hat es gegen ihre Ueberzeugung und im offenen Widerspruch mit den Thatfachen gethan. Denn wenn in der deutschen Nationalversammlung, worin, außer den Theilnehmern am Dreikönigsbunde, Oesterreich und Bayern vertreten waren, unter dem Eindruck der Auflösung der preußischen Nationalversammlung, der Vernichtung des Wahlgesetzes und der Deroirung einer Verfassung, die preußische Partei eine solche Stimmenmehrheit gewinnen konnte, daß sie das preußische Erbkaisерthum und den Ausschluß Oesterreichs durchzusetzen vermochte, was würde diese Partei erst vermögen in einer Versammlung, in welcher Bayern und Oesterreich fehlen und von welcher nach der ganzen Anlage des Wahlgesetzes sämtliche Vertreter des gesetzlichen Fortschrittes grundsätzlich ausgeschlossen sein würden?

Während Oesterreich mit großer Entschiedenheit vorwärts schreitet auf der Bahn der verfassungsmäßigen Entwicklung, hat Preußen den Weg des offenen Rückschritts eingeschlagen und wird darin von dem großen Theile der Bevölkerung unterstützt, welcher sich von den maßlosen Forderungen der Führer der Umsturzpartei hat einschüchtern lassen. Die Beseitigung des Bürgerwehrgesetzes, die Beschränkung der richterlichen Unabhängigkeit, die strenge Unterordnung der Verwaltungsbeamten, die ungescheute Zurücksetzung jedes Mannes, welcher nicht

die Ansichten der herrschenden Classe theilt, gibt dafür unverfängliches Zeugniß, und doch sind dies nur die Probefugeln, durch welche die Stimmung sondirt wird, die Zurnahme des Gesetzes wegen Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und die Maßlosigkeit, mit welcher die Gesetzentwürfe wegen Entlastung des bauerlichen Grundbesitzes angefeindet werden, lassen noch viel Schlimmeres fürchten. Es hat in Preußen bis in die neueste Zeit als Staatsgrundsatz gegolten, daß wenn der landesherrliche Wille ausgesprochen und der Gang desselben genehmigt ist, es nicht weiter darauf ankomme, ob ein Gesetz entgegensteht oder ein Gesetz analog angewendet werden könne, oder auch ganz fehle, und daß keine Justizbehörde sich auch nur mißbilligend darüber aussprechen oder einen Weg einschlagen dürfe, durch welchen die landesherrliche Vorschrift vereitelt wird. Es ist bekannt, durch welche Mittel die lutherische Kirche in Preußen unter dem vorigen König ihres Besitzes beraubt und aus ihrer durch den westphälischen Frieden völkerrechtlich gewährleisteten Stellung verdrängt wurde, und auf den Grund der oben ausgesprochenen Grundsätze ist es bisher unmöglich gewesen, den Rechtsweg gegen solche Verletzung auch nur zu versuchen. Schon Niebuhr hat es als eine Eigenthümlichkeit des preussischen Staates hervorgehoben, daß die Preußen als Staat nur durch den König leben, weben und sind, und es gibt noch heute Unzählige, die alles Ernstes hoffen, daß das preussische Volk dem Königthum die Kraft zurückgeben werde, durch welche es allein im Stande sein soll, den Staat zu erhalten, mit der Freiheit die wahren Interessen jedes Einzelnen zu schützen und zu fördern. Daß eben diese Förderung Sache jedes Einzelnen und nicht die einer bevormundenden Regie-

rung sein und daß es im Staate ein Gesetz geben müsse, welches über der Königsmacht steht, das scheinbar Wahrheiten zu sein, die in Preußen fortdauernd als staatsgefährlich betrachtet werden.

Diese Auffassung hat aber weit tiefer eingreifende Wirkungen, als es auf den ersten Blick scheinen könnte, und man darf nur einen aufmerksamen Blick in die zwischen Oestreich und Preußen gewechselten Schriften werfen, um zahlreiche Belege zu finden. Bei Oestreich überall eine offene und rückhaltlose Aussprache, ein gewissenhaftes Zurückgehen auf den klaren Wortlaut der Beschlüsse und Verträge und ein stetes Festhalten am gesetzlichen Vorschritt zu den als nothwendig anerkannten Abänderungen. In den preussischen Staatschriften nicht selten willkürliche Voraussetzungen, unrichtige Anführungen, schöne Worte, die mit der thatsächlichen Handlungsweise in grellem Widerspruch stehen, und insbesondere in den Verhandlungen mit Bayern eine höchst bemerkbar hervortretende Empfindlichkeit gegen jede abweichende Meinung. Die Behauptung, daß Artikel 11 der Bundesakte den Bund im Bunde rechtfertige, daß die Gewalt des Reichsverwesers von dem Bestehen der Nationalversammlung bedingt sei, und die Centralgewalt, weil ihr Preußen seine Mitwirkung versagt, nun auch rechtlich zu bestehen aufgehört habe, bedürfen jedenfalls einer bessern als der von Preußen versuchten Begründung. Noch deutlicher aber tritt Preußens Mißachtung des bestehenden Rechtes in der einseitigen Betreibung des dänischen Waffenstillstandes hervor, die mit Artikel 11 der Bundesakte im offensten Widerspruche steht. Die Behandlung dieser Angelegenheit muß Deutschland abhalten, das Recht des Kriegs und des Friedens in die Hand einer

preussischen Reichsvorstandschafft zu legen, nachdem dasselbe Preußen schon ohne Recht und gegen das Bundesgesetz, um die Verluste seines Handels zu vermindern, seine eigene Zusage, das verbrieftte Recht und die Ehre Deutschlands, welches sein Wort für Holsteins Recht auf seine unzertrennliche Verbindung mit Schleswig verpfändet hat, rücksichtslos aufgab und nichts desto weniger Anspruch auf Dank erhebt.

Niemand bestreitet Preußen die Stellung im deutschen Bunde, die seiner Macht, seiner Einsicht, seiner Kriegsthätigkeit und den Opfern gebührt, die es im Jahre 1813 der Befreiung Deutschlands von dem französischen Joche gebracht hat. Niemand verlangt, daß es sich Oestreich unterordne, aber Niemand erwartet auch, daß es in Deutschland untergehen werde. Allein dasselbe Recht, welches wir Preußen zugestehen, nehmen wir auch für das übrige Deutschland in Anspruch, und wir hassen nicht die Preußen, sondern nur die Lüge, mit welcher seine Staatsmänner etwas versprechen, was sie nicht halten können, nicht halten wollen. Preußen hat zu große Erinnerungen, als daß es dieselben aufgeben dürfte, aber Deutschland ist zu alt, als daß es seinen Namen mit irgend einem andern vertauschen sollte.

Möchten doch die Preußen, die es mit ihrem Vaterlande wahrhaft redlich meinen, ernstlicher als bisher in das Auge fassen, daß die eifrigsten Verfechter des Dreikönigsbundes jetzt nur noch die rothesten Republikaner und diejenigen sind, welche in der Paulskirche die Souverainetät des Volkes verkündigten und am Entschiedensten daran festhielten, so lange noch ein Gedanke daran war, dieselbe durchzusetzen.

Der Bundesstaat Westdeutschland.

Für den unbefangenen Beurtheiler dürfte sich aus unsern bisherigen Erörterungen unzweifelhaft ergeben, daß wenn das übrige Deutschland nur die Wahl hätte, an Oestreich oder Preußen sich anzuschließen, es nothwendig für Oestreich entscheiden müßte. Nicht nur daß Oestreich der mächtigere Staat ist, der im Nothfall Deutschland entbehren kann, ohne von seiner jetzigen Stellung herabzusteigen, es ist auch ein aufsteigendes Land, welches Deutschland Alles zu bieten und Alles zu gewähren im Stande ist, dessen es bedarf, Raum und Reichthum. Andererseits haben wir nachgewiesen, daß Preußen den Höhepunkt seiner Macht, wenn nicht überschritten, so doch erreicht hat und dieselbe nur in dem Falle behaupten kann, wenn es sich an Deutschland anlehnt oder auf Kosten desselben vergrößert. Oestreich hat nur einen Nachbar, der ihm gefährlich werden könnte, das ist Rußland, mit dem es jedoch so wichtige Interessen theilt, daß ein Zusammenstoß nichts weniger als wahrscheinlich ist. Preußen hat aber an seiner Ostgrenze Rußland, an seiner Westgrenze Frankreich und um die Hälfte weniger Macht, um beiden Gegnern Widerstand zu leisten, als Oestreich dem einzigen entgegenstellen kann. Preußen kann daher wol den kleinen deutschen Fürsten Schutz gegen ihre Unterthanen zusichern, aber es ist gänzlich außer Stande, Deutschland Schutz gegen seine Feinde zu gewähren. Preußen selbst bedarf Deutschlands; mit dem-

selben wird es zur Großmacht, ohne dasselbe ist es nicht mächtiger als dieses ohne Oestreich.

Nun bestreiten wir aber, daß uns die einzige Wahl zwischen Oestreich und Preußen gelassen sei, und halten dafür, daß Deutschland auch noch etwas für sich sein kann, ja für sich sein müsse, wenn es nicht überhaupt seinen tausendjährigen Platz an der Spitze der Völker aufzugeben gemeint ist. Der Entwicklung dieser Ansicht ist der hauptsächlichste Theil der mehrgedachten Denkschrift gewidmet und wir versuchen die entscheidenden Gründe in aller Kürze zusammenzustellen.

Es ist eine weltgeschichtliche Thatsache, daß zwischen den drei großen östlichen, nördlichen und westlichen Mächten Europas eine Zahl mittlerer und kleinerer Mächte germanischen Ursprungs sich gebildet hat, die, so lange sie vereinzelt stehen, keiner dieser Mächte Widerstand leisten können, und welche gleichwohl vollkommen geeignet sind, das Amt eines europäischen Vermittlers zu übernehmen, sobald sie sich zu einem Gesamtstaate vereinigen. Den Hauptstamm dieser Mächte bilden die zwischen dem Rhein und der Elbe und zwischen den Alpen und dem deutschen Meere gelegenen deutschen Staaten, die, weil sie eben sowohl gegen Preußen wie gegen Oestreich nach Westen liegen, von uns unter dem Gesamtnamen Westdeutschland zusammengefaßt worden sind. In einem weitern Sinne können aber auch Belgien, Holland, Dänemark und Skandinavien dazu gerechnet werden, weil sie Abstammung und Vereinzelung mit den deutschen Staaten theilen. Von diesen Staaten zählt der größte, Bayern, gegen fünf Millionen Menschen, der kleinste allerdings nur wenige Tausende; die Mehrzahl aber besitzt eine Bevölkerung zwischen einer halben und zwei Millionen, und es herrscht mithin unter

denselben ein weit größeres Gleichgewicht als zwischen diesen einzelnen Staaten und Preußen, dem alle zusammengekommen eben nur die Wage halten. Diese sämmtlichen Staaten haben ferner das mit einander gemein, daß bei allem Einfluß einzelner, doch keiner eine selbständige Großmacht bildet und daß gleichwohl alle das Bedürfniß haben, zu einer selbständigen, völkerrechtlichen Geltung zu gelangen, was ihnen nur in ihrer Gesammtheit möglich ist.

Ferner haben diese Mittelmächte zwar jeder eine eigene Geschichte, allein diese Geschichte geht in der deutschen auf und das deutsche Volksthum ist in denselben nicht, wie in Oestreich und noch vielmehr in Preußen so vollständig untergegangen, daß sie sich zu irgend einer Zeit im Gegensatz zu Deutschland betrachtet hätten, wie etwa Preußen, welches mit dem deutschen Reiche, als solchem, Krieg führte.

Die fortdauernde Gemeinschaft zeigt sich auch darin, daß diese sämmtlichen Staaten noch ein gemeinses Recht mindestens als Hülferecht besitzen, während Oestreich und Preußen durch ihre bürgerlichen Gesetzbücher in eine ganz neue Phase der Rechtsbildung eingetreten sind, welche sie kaum jemals wieder aufgeben dürften, außer in solchen Beziehungen, die wie das Strafrecht und das Handels- und Wechselrecht ein allgemein menschliches Moment in sich tragen. Hierzu kommt, daß diese Staaten schon vermöge ihrer Begrenzung durch solche Völker, die entweder selbst deutsch oder wie die Franzosen deutscher Cultur entschieden unzugänglich sind, sich vorzugsweise auf die innere Pflege deutscher Kunst, Wissenschaft und Gewerbtthätigkeit angewiesen sehen und schon deshalb als die eigentlichen Träger der deutschen Cultur betrachten müssen, welche durch Oestreich und Preußen den europäischen Ostvöl-

fern zugeführt wird. Diese beiden Staaten aber können wiederum, weil sich dieselben in stetem Kampfe mit slawischen Culturzuständen befinden, der Zuführung deutscher Cultur aus Westdeutschland nicht entbehren, um sich auf der Höhe der Zeit und der geistigen Ueberlegenheit zu halten, ohne welche sie ihre Aufgabe, die fremden Stämme, durch Aufnahme derselben in das Culturereich der deutschen Bildung zu bewältigen und zu deren Förderung und Befruchtung dienstbar zu machen, unmöglich erfüllen können. Es bedarf selbst nur eines oberflächlichen Blickes auf das Verhältniß der geistigen Kräfte, welche Oestreich und Preussen aus Westdeutschland in sich aufnehmen und welche sie ihm dafür zurückgeben, um die Wahrheit des Gesagten einzuräumen. Gleichwohl erkennen wir dabei ausdrücklich an, daß Deutschland dabei nicht etwa der verlierende Theil ist und dies um so weniger, als dasselbe von den Völkern, mit welchen es in diesem Culturaustausch steht, meist die frischern und ursprünglicheren Kräfte erhält, welche die deutsche Cultur vor dem Stillstand bewahren und sie nöthigen, sich immer allgemeiner auszubilden und für ihre weitere Bestimmung geschickt zu machen.

Es ist gegen unsern Vorschlag der Einwand erhoben worden, daß ein Gesamtstaat Westdeutschland geographisch undenkbar sei und daß die Bevölkerung von Hannover und Mecklenburg wesentlich andere Anschauungen und Bedürfnisse habe, als Bayern und Süddeutschland. Das letztere geben wir zu, denn wäre dies nicht der Fall, so würde unfehlbar der Einheitsstaat dem Bundesstaat vorzuziehen sein. Eben zur Pflege dieser besondern Anschauungen und Bedürfnisse, so weit dieselben berechtigt sind, ist es nöthig, die bestehenden Ein-

zelstaaten zu erhalten, und es wird die Wahrung dieser Eigenthümlichkeiten, so weit dieselben eine volksthümliche Wurzel haben, ihre besondere Aufgabe sein. Andererseits darf nicht unbemerkt bleiben, daß diese Verschiedenheiten sich vorzugsweise auf die Handels- und Gewerbsverhältnisse beziehen, deren Ordnung dem deutschen Bunde vorbehalten bleiben soll, und welcher umfassend genug ist, um auch den entgegengefestesten Entwicklungen Raum zu geben. Gänzlich ungegründet ist der in Bezug auf die geographische Abrundung gemachte Einwand, und es bedarf nur eines einzigen Blickes auf die Landkarte, um sich zu überzeugen, daß die sämmtlichen im Bundesstaate Westdeutschland zu vereinigenden Länder in einem fast regelmäßigen Viereck zwischen dem 25. und 30. Grade östlicher Länge und zwischen dem 47. und 54. Grade nördlicher Breite in einem ununterbrochenen Zusammenhang liegen. Es würde mithin der Bundesstaat Westdeutschland, sofern nicht die Unauflöslichkeit des deutschen Bundes festgehalten würde, unendlich vor Preußen begünstigt sein, dessen Rheinlande die nordwestliche Ecke von Westdeutschland bilden und für Preußen nur durch dieses zugänglich sind.

Faßt man dagegen seine Lage zum übrigen Deutschland in das Auge, so leuchtet ein, daß dieselbe höchst günstig ist, indem Bayern, Baden und Württemberg mit mehr als 120,000 Mann den Oberrhein decken, und an den sächsischen Ländern einen Rückhalt haben; beide Hessen mit Nassau und dem bayerischen Franken den Preußen als Rückhalt für die Vertheidigung des Mittelrheins dienen, während Hannover, Mecklenburg, Braunschweig, Oldenburg, obwohl durch Lage und Beschäftigung auf die Pflege der deutschen Seemacht angewiesen, vollauf mächtig genug sind, um Dänemark,

selbst mit Schweden und Norwegen verbunden, im äußersten Falle die Spitze zu bieten. Vielleicht könnte zugestanden werden, daß Kassel oder Gotha, von den beiden Endpunkten des Reichs, München und Rostock, fast gleichweit entfernt, mehr noch als Frankfurt sich zum Sitz des Reichstags eignen würden, wenn nicht überwiegende Gründe vorhanden wären, denselben vom Sitz des deutschen Bundes, wohin er auch verlegt werden möge, nicht zu trennen.

Die ähnliche Lage würde allerdings noch nicht hinreichen, um ein Bündniß wünschenswerth oder auch nur erklärlich zu machen. Dazu gehören gemeinschaftliche Bedürfnisse, deren Befriedigung vereinigten Kräften leichter wird als dem Einzelnen. Fragen wir nun in Beziehung auf die zu einem Bundesstaat zu vereinigenden deutschen Staaten nach diesen, so sind es zuerst alle die Gründe, welche die Mehrzahl einem Bunde mit Preußen, selbst um den Preis der Selbstständigkeit, geneigt gemacht hat. Es liegt aber auf der Hand, daß der ein schlechter Haushalter ist, der ein Bedürfniß, welches er um geringern Preis befriedigen kann, für den Preis seiner Selbstständigkeit einhandelt. Man hat freilich in erster Reihe die Erzielung der deutschen Einheit unter den Beweggründen genannt, welche für die Vereinigung mit Preußen sprechen; daß dieser Grund nicht stichhaltig ist, geht schon daraus hervor, daß Viele dem Dreikönigsbund erst zu einer Zeit beigetreten sind, wo bereits feststand, daß er nur zu einer Zertrennung Deutschlands führen kann. Eristiger sind unter allen Umständen die Gründe, welche sich aus den erhöhten Ansprüchen an den Staat, als eine natürliche Folge der weiter verbreiteten Bildung, auch dann ergeben, wenn der Staat sich streng

auf seinen Wirkungskreis beschränkt und sich nicht wie bisher willkürlich in die Angelegenheiten der Einzelnen einmischet. Es ist eine bekannte Thatsache, daß mit der vermehrten Bildung auch die Bedürfnisse, und mit den Bedürfnissen auch die Berührungen unter den Menschen sich mehrten, die bei der natürlich herrschenden Selbstsucht zu Reibungen führen. Ein Volk, welches ausschließlich von Jagd und Fischerei lebt und ausreichende Jagdgründe besitzt, bedarf kaum der Regierung, deren oberste und heiligste Pflicht die Wahrung des gleichen Rechtes Aller und der Schutz gegen Selbsthülfe bleibt. Steigt aber die Bevölkerung, mehrten sich die Ansprüche, so fallen der Regierung, als der natürlichen Einheit des Volkes, auch alle die Veranstaltungen zu, welche größere Mittel erfordern, als dem Einzelnen zu Gebote stehen und welche eben dadurch dem Bereiche der Einzelwirksamkeit sich entziehen. So entwickelt sich aus der steigenden Bildungsstufe heraus das Bedürfnis immer größerer Gemeinschaft; aus der Familie die Gemeinde, der Kreis, der Stamm, der Staat, der Bundesstaat und zuletzt der große Friedensbund aller Völker, der bis jetzt nur von Einzelnen als das letzte Ziel irdischer Entwicklung erkannt und angestrebt wird.

In Deutschland haben die Einzelstaaten ihre volle Berechtigung gehabt und mehr als sich sagen läßt, das deutsche Volk zu dem durchgebildet, was es ist; und hätten die Regierungen dieser Staaten zu jeder Zeit mehr das große Ganze als ihren Sondervortheil im Auge gehabt, so würden wir noch auf einer ganz andern Stufe stehen als es der Fall ist. Ebenso allgemein ist gegenwärtig die Ansicht verbreitet, daß dieselben, insoweit sie nicht mächtig genug sind, um ihren Angehörigen den Schutz nach innen und außen zu gewähren, dessen

Gewähr die Bedingung alles Staatslebens ist, sich überlebt haben. Auf dieser halb unbewußten Erkenntniß beruht das allgemeine Verlangen nach Einheit, und es gilt nur dafür Sorge zu tragen, daß dieser vollkommen befugte Zweck mit aller Schonung der bestehenden Rechte verwirklicht werde. Dies geschieht und kann nur geschehen durch Vereinigung der deutschen Staaten, außer Preußen und Oestreich, zu einem Bundesstaat, unter gleichzeitiger Fortsetzung des deutschen Bundes als Staatenbund.

Daß eine Volkszahl von beinahe 18 Millionen im Stande sei, allen Pflichten eines Großstaates zu genügen, beweist die Existenz Preußens, welches mit einer Bevölkerung von 16 Millionen, welche sich an Wohlstand und Betriebsamkeit nur zum kleinern Theile mit dem übrigen Deutschland messen kann, bisher seine Stellung als europäische Großmacht behauptet hat, ohne derselben zu erliegen. Diese Thatsache begründet nun zwar sein Recht auf Selbstständigkeit, gibt ihm aber durchaus keinen Anspruch darauf, eine Ländermasse von gleicher Größe und einer umfassendern Bevölkerung in einer solchen Weise mit sich zu vereinigen, wie solches durch die Dreikönigsverfassung angestrebt wird. Vielmehr erfordert die Selbstachtung dieser Staaten, daß sie die Opfer von ihrer Selbstständigkeit, die nun einmal der Zeit gebracht werden müssen, lieber sich selbst bringen und dadurch im europäischen Völkerrathe die Stellung einnehmen, auf welche ihnen die bundesmäßige Gleichberechtigung ein volles Recht gibt. Es würde sehr unstaatsmännisch sein, durch ihre Kräfte den Staat zu stärken, der ein viel zu ausgeprägtes Selbstgefühl besitzt, als daß er jemals in den übrigen Staaten aufgehen könnte, während nach der natürlichen Anziehungskraft der größern

Masse, sträube man sich wie man wolle, die übrigen Staaten ebenso gewiß in Preußen aufgehen werden, wie die mediatisirten deutschen Länder in Bayern, Württemberg und Baden so vollständig aufgegangen sind, daß in Zukunft auch die Erinnerung an ihr Dagewesensein erlöschen wird.

Man lasse Preußen seine Ehre, die es mühsam erkämpft hat, aber man hüte sich, mit demselben in eine solche Verbindung zu treten, welche es befähigen würde, der Selbständigkeit der übrigen Staaten ein Ende zu machen, wie dies nothwendig der Fall sein muß, wenn ihm die Rechte eingeräumt werden, auf welche es nach der neuesten Erklärung des Grafen Brandenburg unter keiner Bedingung verzichten will. Einmal zugestanden, würde Niemand die preussische Krone hindern können, sich dieser Befugnisse zu Gunsten Preußens zu bedienen, und daß es dazu versucht sein würde, beweist der dänische Waffenstillstand. Wollte es aber selbst den Schein strengster Gesetzmäßigkeit bewahren, so würde es nur einige kleine Staaten, auf die es den nächsten Druck ausübt, zu gewinnen nöthig haben, um ein verfassungsmäßiges Uebergewicht über das ganze übrige Deutschland zu erlangen, und es könnte auf diese Weise die Kräfte desselben, ohne daß demselben auch nur eine Widerrede gestattet wäre, auf jede beliebige Weise ausbeuten. Ganz anders in einem westdeutschen Staatenbunde, wo vier Königreiche und zwei Großherzogthümer von fast gleicher Macht sich gegenüberstehen und wo immer wenigstens die Hälfte der Gesamtheit für eine nachtheilige Maßregel gewonnen werden müßte, die aber schon deshalb unversucht bleiben würde, weil kein Staat mit einem so erheblichen Uebergewicht und am wenigsten erblich an die Spitze des Bundesstaates gestellt werden soll. Diese

Gleichmächtigkeit würde zugleich den Vortheil haben, daß die Befugnisse der Bundesgewalt rein auf die unentbehrlichen beschränkt werden können, das heißt auf alle die, welche erfahrungsmäßig in einem kleinern Staatsbereich entweder gar nicht oder nicht mit gleicher Ersparniß erreicht werden können, wie dies rücksichtlich der Vertheidigung nach außen und innen, der völkerrechtlichen Vertretung und der allgemeinen Gesetzgebung erwiesener Maßen der Fall ist. Man fürchte nicht, daß nun den Einzelstaaten jede Wirksamkeit werde entzogen werden. Ganz im Gegentheil wird ihnen die wohlthätigste und bisher unendlich vernachlässigte Wirksamkeit, die Sorge für den volkswirtschaftlichen Fortschritt, für die Erziehung, die Sorge für die Armen und Kranken, für Künste und Wissenschaften verbleiben, und sie werden dadurch Gelegenheit finden, sich auf eine Stufe der Wohlfahrt zu heben, die ihnen bisher unzugänglich blieb, weil ihre Sorge vielmehr auf das Äußere als auf das Innere gerichtet war.

Der Raum erlaubt uns nicht hier näher auf die Gestaltung der Bundesgewalt einzugehen und wir verweisen deshalb auf den der obgedachten Denkschrift beigegebenen Verfassungsentwurf, in Bezug auf welchen wir jedoch hervorheben, daß Vieles sich noch einfacher würde gestalten lassen. Hauptsache bleibt auch hier, einmal die strengste Abgrenzung der Bundesangelegenheiten und der Angelegenheiten der Einzelstaaten und zweitens die gleichzeitige Feststellung des Verhältnisses zum deutschen Bunde. Die Fortdauer und Unauflöslichkeit des letztern wird vorausgesetzt, die angestrebte Vereinfachung aber dadurch erreicht, daß der Bundesstaat Westdeutschland als Einheit in demselben vertreten ist und gleichberechtigt mit Preußen, dem er an Macht nicht nach-

steht, Oestreich zur Seite tritt, welches an Umfang und Bevölkerung zwar die beiden andern Mitglieder noch überragt, dennoch aber durch die erneuerte Anerkennung der Unauflöslichkeit des Bundes an Einfluß nothwendig gewinnt und durch die Sicherheit, welche durch die vorgeschlagene Gestaltung des Bundes erzielt ist, volle Muße erlangt, seine ganze Aufmerksamkeit der Heilung der Wunden zuzuwenden, die langjähriger Stillstand und ein unnatürlicher Bürgerkrieg ihm geschlagen haben.

Es ist noch übrig, die Vortheile mit wenigen Worten nachzuweisen, die den Einzelstaaten Deutschlands und ihren Bürgern aus der von uns vorgeschlagenen Ausschließung Preußens aus dem Bundesstaate erwachsen. In erster Reihe steht die Hebung des Selbstgefühls, denn die Staaten Westdeutschlands werden dann sich selbst die Herstellung der innern Sicherheit und ein kräftiges Auftreten nach außen verdanken. Das demüthigende Gefühl wird von ihnen genommen werden, daß sie preussischer Hülfe ihr Fortbestehen verdanken. Hat man ja in Preußen, welches doch im Jahre 1806 nur der Gnade Napoleon's seine Erhaltung verdankte, erst neuerdings Beziehung darauf genommen, daß das Wittelsbacher Haus vermöge seiner Zulassung in Bayern regiere, und in den neuesten Erlassen an das preussische Heer ist deutlich genug ausgesprochen, daß nur seiner Tapferkeit und seiner Treue der Großherzog von Baden seine Wiederherstellung zu verdanken habe.

Der zweite Vortheil liegt in der Aussicht, daß die Bundesbehörde Westdeutschlands den einzelnen Staaten und ihren Angehörigen beieitem näher stehen wird, als die preussische Reichsvorstandschaft, die alle natürlichen Gefühle ver-

leugnen müßte, wenn sie nicht die Preußen allein als die rechten Kinder, die übrigen als die Stiefkinder betrachten und behandeln wollte. Könnte darüber noch ein Zweifel obwalten, so würde derselbe durch das entschiedene Verlangen Preußens bestätigt werden, in der Besetzung aller Aemter völlig freie Hand zu behalten, denn wäre es dabei auf gleiche Berücksichtigung aller Deutschen abgesehen, so würde schon die beste Kenntniß die Theilnahme der Einzelstaaten als unabweisbar fordern. Wie es noch heute Dänemark in Schleswig versucht, so würden alle besten und einträglichsten Stellen in ganz Deutschland den Preußen vorbehalten sein oder denen, die durch zuvorkommende Unterwürfigkeit sich angenehm machen und dann viel unerträglicher sind, als die unmittelbaren Diener der fremden Obergewalt.

Ein dritter Vorzug liegt in der durch den engern Bundesstaat gegebenen Möglichkeit, den Eigenthümlichkeiten und Besonderheiten der Einzelstaaten größere Rücksicht angedeihen zu lassen, als dies im Bunde mit Preußen der Fall sein würde. Preußen ist seit den letzten dreißig Jahren völlig seinen eigenen Weg gegangen und hat eine Stufe der Entwicklung erreicht, die es von den übrigen deutschen Staaten höchst wesentlich unterscheidet. Es kann diesen Weg nicht verlassen, ohne mit seiner ganzen Vergangenheit zu brechen, und seine eigenen hervorragenden Staatsmänner haben bereits erklärt, Preußen könne und werde nicht auf seine Einrichtungen verzichten; so im Heere, in der Rechtspflege, in der Verwaltung, mithin in allen wichtigen Aeußerungen des Staatslebens. Es würde daher für das übrige Deutschland nichts übrig bleiben, als diese Einrichtungen anzunehmen, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben zu den Ansichten,

den Gewohnheiten und Kräften der übrigen Länder passen, und die Uebermacht Preußens sammt dem Einfluß, der ihm durch die Verfassung eingeräumt ist, dürfte diese Umschmelzung weit schneller herbeizuführen trachten, als dies mit dem Frieden verträglich ist.

Endlich darf die Ersparniß nicht außer Acht gelassen werden, die durch die engere Begrenzung des Bundesstaates ermöglicht wird. Denn so gewiß es ist, daß eine Menge Einrichtungen nur dann mit Vortheil getroffen werden können, wenn sie in einem angemessenen Bereiche ausgeführt werden, so gewiß ist, daß die Verwaltung theurer wird, sobald das rechte Maß überschritten ist, und daß Preußen schon jetzt eine sehr kostbare Verwaltung besitzt, geht aus dessen Haushaltansschlägen deutlich hervor.

Wird der Bundesstaat Westdeutschland auf den Grundlagen errichtet, die wir in dem vorerwähnten Verfassungsentwurf entwickelt haben, so wird derselbe einen höchst mäßigen Aufwand erfordern. Der Reichsstatthalter, aus der Zahl der deutschen Fürsten gewählt, wird nur eine Entschädigung für seinen Aufwand beanspruchen. Für die Reichsminister, welche sich auf einen für das Kriegswesen, einen für die auswärtigen Angelegenheiten, einen für den Handel und die öffentlichen Verkehrsanstalten und einen für die Finanzen beschränken, läßt sich die dreifache Anzahl dieser Minister in den Einzelstaaten ersparen, wo die auswärtigen Angelegenheiten und der Handel ganz ausfallen, das Kriegswesen aber durch eine einfache Verwaltung ohne verantwortlichen Minister besorgt werden kann. Der Finanzminister wird in der Regel nur über die Ueberschüsse der Zollkasse des deutschen Bundes zu verfügen haben und deshalb mit sehr geringer Unter-

stüfung auskommen, auch waltet kein Bedenken ob, die meisten laufenden Geschäfte der Bundesstaatsverwaltung den Beamten der Einzelstaaten zu übertragen, da die Bevorzugung der Angehörigen des einen Bundesstaates vor dem andern grundsätzlich ausgeschlossen ist.

Daß aber ein Bundesstaat mit einer Heeresmacht von 360,000 Mann und wenn wir die bisherigen Kosten für die Landesvertheidigung, ohne jede Erhöhung zum Anhalt nehmen, mit 40 Millionen Einkünften, eine einflußreichere Stellung einnehmen würde, als zeither jede einzelne der vereinigten Mächte, das dürfte auch dem entschiedensten Gegner einleuchten. Und legen wir auch nur geringes Gewicht darauf, daß es durch eine solche Vereinigung allein möglich wird, den Namen Deutschland zu erhalten, der außerdem bald genug in Preußen aufgehen wird, weil Oestreich für Kleindeutschland die ausschließende Bezeichnung als Deutschland sich nicht gefallen lassen kann, während Preußen und Oestreich dieselben für Westdeutschland wohl dulden können, so scheint es doch, als ob kein Mensch, der sich wahrhaft als Deutscher weiß und fühlt, über die zu ergreifende Wahl in Zweifel sein könne. Ohne Preußen wird in Westdeutschland auch in Zukunft rein deutsche Art und Sitte gepflegt und mit der größern Sicherheit sich auch die großartigere Anschauung finden; es wird noch einmal die ganze Herrlichkeit echt deutschen Wesens aufleben und zu Tage kommen, was ein deutsches Volk vermag, wenn es auf sich steht; mit Preußen sind wir nicht im Stande, uns der Anziehungskraft der größern Masse zu erwehren, und Deutschlands gewaltigste Erhebung wird sein tiefster Fall sein.

Der Dreistaatenbund.

Es ist bereits in der Einleitung von uns hervorgehoben worden, daß in der deutschen Bundesakte 1815 alle Früchte im Reime liegen, welche das deutsche Volk von seiner innigsten Vereinigung zu erwarten berechtigt ist, und es bedarf nur eines Blickes auf den der mehrerwähnten Denkschrift beigegebenen Entwurf eines erneuerten Bundesvertrags, auf welchen wir hier ausdrücklich Bezug nehmen, um davon die volle Ueberzeugung zu gewinnen. Das deutsche Volk, welches sich durch Abstammung, Rechtsbildung, Wissenschaft, Sprache und Literatur als Eins weiß, und in den Zeiten der tiefsten Zerklüftung, durch das Band eines einigen deutschen Buchhandels, einen Zusammenhang zu bewahren wußte, den kein anderes Volk aufzuweisen hat, will diese Einheit auch äußerlich dargestellt sehen und so ist die Idee eines deutschen Reichs mit einem Male und ohne äußere Veranlassung in das Verlangen des Volkes wieder eingetreten. In der Wiedergeburt des deutschen Reichs ist zugleich die Wiedergeburt der Ehre des deutschen Volkes gesetzt, ohne welche es kein Recht, keine Macht, keine Wohlfahrt gibt. Das Reich aber kann nur ein einiges sein, und ließe die Bildung eines Bundesstaates Westdeutschland auch nur im Entferntesten dem Gedanken an eine Kostrennung von Deutschland Raum, an ein gesondertes Bestehen, an einen Anschluß an auswärtige Mächte, so würden wir die Ersten sein, die solche Gedanken auf das

Entschiedenste bekämpfen würden. Ganz im Gegentheil erblicken wir aber in der Gründung eines westdeutschen Reiches die sicherste, ja die einzige Bürgschaft der Fortdauer des deutschen Bundes in einer vollendeten Gestalt, die keine einzige seiner Grundlagen aufgibt, wohl aber unter seinen Schutz zugleich alle Bestrebungen aufnimmt, die gegenwärtig außer oder mindestens neben dem Bunde Befriedigung gesucht haben, wie dies die Verträge zum Schutz des literarischen Eigenthums mit England und der Zollverein beweisen. Schon oben ist von uns auch darauf hingewiesen worden, daß der erheblichste Einwand gegen die Dreikönigsverfassung darin gelegen ist, daß Preußen noch mehr durch sein natürliches Uebergewicht als durch die ihm verfassungsmäßig zugestandene Obergewalt, die selbst schon wieder eine Frucht jenes Uebergewichtes ist, unabweisbar die Selbständigkeit der übrigen Bundesglieder gefährdet, da dieselben, nur wenn sie beständig und vollkommen unter sich übereinstimmen, was nie und nimmer zu erwarten ist, stark genug sind, dem Einfluß Preußens zu widerstehen. Weil aber die rechtliche Selbständigkeit ein uraltes Erbe der deutschen Einzelstaaten und zu tief mit dem ganzen Volksleben verwachsen ist, als daß nicht das Verlangen danach in seiner ganzen Stärke wieder auferwachen sollte, sobald die jetzige Furcht vor gänzlicher Zerstörung der gesetzlichen Ordnung überwunden ist, so leuchtet ein, daß der Kampf um die Selbständigkeit der kleinern Staaten gegen Preußens wirkliche oder auch nur befürchtete Uebergriffe die ganze Kraft derselben in Anspruch nehmen und begründetes und unbegründetes Mißtrauen jede unter andern Verhältnissen denkbare wohlthätige Wirksamkeit ausschließen würde. Aller Aufwand aber an geisti-

ger und leiblicher Kraft würde nichtsdestoweniger ein vergeblicher sein. Denn wie sich bei einer regelmäßigen Belagerung der Fall auch einer unüberwindlichen Festung bis auf den Tag vorausberechnen läßt, so kann es nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, daß Preußen, welches genau weiß was es will, eine der kleinen Mächte nach der andern, durch Furcht oder Vortheil seinem Willen beugen und in demselben Verhältniß an Macht zunehmen würde, in welchem seine Gegner im Bunde nothwendig abnehmen, bis es endlich dieselben erdrückt und Deutschland, wie schon jetzt der Form so dann auch dem Wesen nach, in zwei große Hälften zerfällt. Für die Richtigkeit unserer Auffassung spricht die bisherige Erfahrung. Der deutsche Bund würde eine ungleich größere Wirksamkeit haben entwickeln können, wenn nicht die materielle Hülflosigkeit der kleinern Staaten dieselben genöthigt hätte, sich um so steifer auf ihr Recht zu stützen, und wenn nicht ihre Furcht, durch die größern Staaten jeder freien Lebensäußerung beraubt zu werden, dieselben veranlaßt hätte, sich um so eifersüchtiger an die ihnen bundesvertragsmäßig zuständige Souverainetät zu klammern, wobei sie freilich nicht immer bedacht haben, daß in der vertragsmäßigen Beschränkung von Rechten in der Regel deren unwiderleglichste Anerkennung ruht.

Dieser Uebelstand, der bei dem Fortbestehen des deutschen Bundes in seiner gegenwärtigen Gestalt sich nicht beseitigen läßt, durch Annahme des Dreikönigsbündnisses aber zu einer unvermeidlichen und unversiegbaren Quelle eines gegenseitigen Ringens um die Obergewalt ausarten müßte, wird nur durch die Bildung eines westdeutschen Bundesstaates gründlich gehoben. Denn nicht nur, daß, wie oben

gezeigt worden ist, das gleichere Machtverhältniß mit der Versuchung, auch die Furcht vor Uebergriffen vermindert, und dadurch eine unverkümmerte Wirksamkeit für die gemeinsamen Zwecke ermöglicht, bietet auch die ganze Stellung Westdeutschlands im deutschen Bunde eine vollkommene Gewähr gegen jede Unterdrückung. Nach unserm Vorschlage sollen die Verfassungen von Oestreich, Preußen und Westdeutschland in so weit, daß dieselben nur auf verfassungsmäßigem Wege geändert werden können, unter dem gemeinsamen Schutze des deutschen Bundes stehen. Gesezt daher, es ließe sich eine der westdeutschen Mächte Eingriffe in die Verfassung zu Schulden kommen, und die übrigen, die doch der stärksten um mehr als das Vierfache überlegen sind, sähen sich außer Stande, dem Eingriff zu begegnen, so würde ein Wort von Oestreich und Preußen genügen, die gestörte Ordnung wieder herzustellen. Dasselbe gilt aber und noch in erhöhtem Maße von Oestreich, Preußen und Westdeutschland, da zwei von diesen Mächten vereinigt unzweifelhaft der dritten überlegen oder doch wenigstens mächtig genug sein würden, derselben, auch ohne Rückgriff auf die gewährleistenden europäischen Mächte, erfolgreichen Widerstand zu leisten. So würde hier ungehemmte Entwicklung die Regel und ein Stillstand nur dann in Aussicht sein, wenn einmal Preußen und Westdeutschland zusammen Oestreich entgegenstünden. Andererseits würde bei der Fortdauer des alten Bundes, wie bisher, der Stillstand die Regel bilden, und bei dem Zustandekommen des Dreikönigsbündnisses würde nach innen beständiger Kampf, nach außen Ohnmacht und Kraftlosigkeit, die natürliche Folge innerer Zerwürfnisse, die einzige Frucht einer Verbindung sein, die zu viel vom Löwenbündniß

hat, um seine Theilnehmer auf die Dauer befriedigen zu können.

Auch für den Dreistaatenbund halten wir die Zuständigkeitsgrenzen fest, zu denen wir uns bereits oben als zu den Folgen eines allgemein gültigen Grundsatzes bekannt haben, daß ihm nichts überwiesen werden dürfe, was in kleinen Kreisen, also hier in den drei Bundesstaaten Oestreich, Preußen und Westdeutschland, seine vollständige Erledigung finden kann. Soll daher der Bund seinem ganzen Wesen und seiner Stellung nach ein Friedensbund sein, zu keinem andern Zweck gestiftet, als der Bewahrung der Unabhängigkeit seiner Mitglieder und der Unverletzbarkeit ihrer im Bunde begriffenen Gebiete einerseits, sowie andererseits zu Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands, wie dieser Zweck im ersten Artikel der Schlussakte festgestellt ist, so sind damit auch die Grenzen seiner nothwendigen Rechte und Pflichten gezogen. Ein gemeinsames Heer für die Vertheidigung des Bundes gegen Angriffe von außen und gemeinsame Vertretung, sowohl um solchen Angriffen zuvorzukommen, als auch die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten zu pflegen, ohne welche Misverständnisse nicht zu vermeiden und unwillkürliche Verletzungen nicht auszugleichen sind. Aus diesem letzten Zwecke des Bundes folgen die im 10. Artikel unsers Entwurfs aufgezählten Rechte, der Kriegserklärung und Friedensschlüsse, der Bündnisse und Staatsverträge, ganz von selbst, und so gewiß jedes einzelne Mitglied des Bundes gegen ungerechten Angriff von der Gesamtmacht in Schutz genommen werden muß, so folgt doch eben aus dieser Gesamtverpflichtung auch die Berechtigung, das einzelne Mitglied zu hindern, den Bund gegen seinen

Willen in einen Krieg zu verwickeln oder zu seinem Sondervorthail einen für das Reich nachtheiligen Frieden zu schließen.

Aus dem Recht der Bündnisse und Verträge folgt zugleich das Gesandtschaftsrecht. Weil aber die einzelnen Mitglieder schon vermöge ihrer Grenzen zu den auswärtigen Mächten in verschiedenen Beziehungen stehen und weil es ferner im Begriff der ihnen gewährleisteten unabhängigen Stellung liegt, daß sie auch nach außen so erscheinen, so würde es eine unnöthige und selbst bedenkliche Beschränkung sein, wenn man den einzelnen Staaten das Gesandtschaftsrecht nehmen wollte. Unnöthig, weil der Bund auf gegenseitigem Vorthail beruht und also nicht daran zu denken ist, daß ein Glied dem andern entgegentreten sollte, da es im Innern seinen ganzen Einfluß unbeschränkt geltend machen kann; bedenklich, weil noch eine lange Zeit vergehen wird, bis alle Deutsche daran gewöhnt sein werden, dem Ausland gegenüber sich nur als Deutsche zu fühlen und geltend zu machen, und weil sie daher leicht glauben könnten, daß der östreichische, preußische oder westdeutsche Gesandte, seinen nähern Landsleuten eine größere Theilnahme als den übrigen zu widmen geneigt sei. Allerdings leidet diese Regel eine doppelte Beschränkung; einmal in Beziehung auf die Mitglieder des westdeutschen Bundesstaates und dann in wirklichen Bundesangelegenheiten, wo die Gesamtheit handelt. Jene müßten sich ihres Gesandtschaftsrechtes begeben, nicht weil irgend eine Befürchtung des Mißbrauchs vorwaltet, sondern weil sie außer Stande sind, ihren Verwendungen Nachdruck zu verleihen und weil gerade darin die Schutzlosigkeit des Deutschen im Auslande wurzelt und die mißliche Lage, in denen er

sich Engländern und Franzosen gegenüber befindet. Ein Staat, welcher seine Bürger im Auslande gegen Beeinträchtigungen sichern will, muß nicht nur entschlossen sein, um der unverschuldeten Beleidigung eines Einzelnen willen, wenn es nöthig ist, einen Krieg anzufangen, er muß es auch vermögen. Dies vermag aber kein deutscher Staat, welcher zu Westdeutschland gehören wird, und deshalb ist es unerläßlich, den Schutz der Gesammtheit zu übertragen, was überdies auch aus Rücksichten der Sparsamkeit sich empfiehlt. Erst wenn Oesterreicher, Preußen und Westdeutsche völlig im Deutschen aufgehen, wie Engländer, Schotten und Iren sich zuerst als Briten wissen, dann wird es Zeit sein, auch in dieser Beziehung an eine Aenderung zu denken. Es wird aber auch dann nicht außer Acht zu lassen sein, daß Deutschland drei Stimmen im europäischen Völkerrath gebühren.

Soll aber der deutsche Bund Deutschland nach innen und nach außen kräftig vertreten, so ist es unbedingt nöthig, ihm die Mittel zum Zweck zu gewähren, und das letzte erfahrungsreiche Jahr hat gelehrt, daß er in dieser Beziehung nicht an den guten Willen seiner Mitglieder gebunden sein darf. Werden ihm dagegen unmittelbare und ausreichende Einkünfte angewiesen, so ist es an sich vollkommen gleichgültig, aus welcher Quelle sie fließen, und diese Frage ist lediglich eine Quelle der Zweckmäßigkeit. Allein eben diese spricht unwiderleglich für die Ueberweisung der Zölle an den Bund. Nicht bloß sind diese Einnahmen die sichersten und mindest drückenden, sondern da sie an den Grenzen des Reichs erhoben werden und nothwendig eine einheitliche Verwaltung erheischen, wenn keine ungleiche Behandlung eintreten soll, so fallen dieselben der Bundesgewalt ganz wie

von selbst zu. Schon zu den Zwecken des alten Bundes gehörte die Vereinigung über ein gemeinschaftliches Zoll- und Handelssystem, und gegenwärtig gehört gerade dieser Punkt zu denen, über welchen unter allen Parteien das vollkommenste Einverständniß herrscht. Die gemeinschaftliche Zolllinie bildet gewissermaßen das äußere Band, welches die Gesamtheit zusammenhält, und gibt zugleich der Bundesgewalt die Fühlfäden in die Hand, durch welche sie bis an die äußersten Grenzen des Reichs mit ihren Angehörigen in unmittelbarer Berührung bleibt. Hierzu kommt, daß die Einnahme aus den Zöllen nach den bisherigen Erfahrungen so beträchtlich ist, daß dieselbe nicht nur völlig ausreicht, die eigentlichen Bundesausgaben zu bestreiten, sondern auch die Bundesgewalt in die angenehme Lage setzen wird, Ueberschüsse an die Bundesglieder zu vertheilen, eine Aussicht, welche dieselben zu um so aufmerksamern Wächtern über die Sparsamkeit der Bundesgewalt machen wird und so zwischen beiden Theilen eine beständige und lebendige Wechselwirkung erhält. Von untergeordneter Wichtigkeit ist die bedeutende Ersparniß, die nothwendig daraus erwächst, daß außerdem eine besondere Reichsbehörde für das Zollwesen errichtet werden müßte, die nach unserm Vorschlage die Hauptbeschäftigung der Bundeschatzverwaltung bilden wird. Eben so ist von untergeordneter Bedeutung, doch aber erwähnenswerth, daß durch Ausgabe eines auf die jährliche Zolleinnahme gegründeten Bundeschatzgeldes, welches regelmäßig zu der Kasse zurückfließt und eben so regelmäßig an die Bundesglieder vorausgibt wird, die Gelegenheit geboten ist, ohne erheblichen Aufwand einen baaren Kriegsschatz von 70 bis 100 Millionen Thaler zu bilden, der nicht nur

keine Zinsen kostet, sondern eher noch einen Ueberschuß und zugleich der Gesamtheit ein allgemein gültiges und eben deshalb unschätzbares Ausgleichungsmittel gewährt.

Die Posten, Kunstwege, Eisenbahnen, Wasserstraßen finden ihre letzte Bestimmung im Dienste des öffentlichen Verkehrs; ihre Unterordnung unter die Bundesgewalt und die Bestreitung der Kosten derselben aus der Bundeszollkasse ist aber um so mehr gerechtfertigt, als der gute Stand derselben wesentlich dazu beiträgt, den Verkehr zu beleben und die Belebung des Verkehrs mit der Erhöhung der Zollerträge in genauester Beziehung steht.

In der Verwaltung dieser drei Angelegenheiten, der Zölle und der damit verbundenen Verkehrsanstalten, der völkerrechtlichen Vertretung des Bundes und der Handhabung der Sicherheit nach innen und außen, wird sich daher nach unserm Dafürhalten die Aufgabe des deutschen Bundes vollenden und somit der Dreistaatenbund nur den 2. und 19. Artikel der Bundesakte zur Wahrheit machen.

Daß aber diese Aufgabe von einem Bundesrath, welchen drei gleichberechtigte und fast gleichmächtige Staateneinheiten bilden, weit leichter gelöst werden kann, als von einer durch die Abgesandten von sechsunddreißig höchst ungleichen und dennoch gleichberechtigten Staaten und Städten zusammengesetzten Bundesversammlung, bedarf wohl keiner ausführlichen Darlegung. Bei alledem sollen diese Staaten die ihnen zukommenden Rechte nicht verlieren, sondern sie üben dieselben durch einen gemeinschaftlichen Vertreter und eben deshalb um so wirksamer aus, wie denn die vorgeschlagene Bestimmung, daß der Reichsstatthalter

von Westdeutschland das einzige Mitglied des Bundesrathes ist, welches seine Stellung Kraft seiner Würde einnimmt, der von ihm vertretenen Gesamtheit den vollen Einfluß sichert, auf den sie Anspruch hat.

Es darf überhaupt nicht unbemerkt bleiben, wie die drei Mitglieder des Bundes sich in den allerverschiedensten Beziehungen ergänzen und Kraft, Entschiedenheit und Ausdauer schon durch ihre innere Zusammensetzung dem Bunde zubringen. Preußen, wenn es für sich bleibt und sich nicht mit einem Troß von kleinen Staaten behängt, ist unter den drei Mitgliedern des deutschen Dreistaates der in sich abgeschlossenste. Er ist und bleibt, auch mit der Verfassung, ein einiger Staat, dessen einzelne Theile keine Sonderrechte besitzen; er wird daher nach wie vor geeignet bleiben, das Schwert Deutschlands zu sein, wie er denn auch der kampfergüteste sein muß, weil er der einzige deutsche Staat ist, der mit zwei zu fürchtenden Nachbarn grenzt.

Oesterreich, obgleich Monarchie wie Preußen, ist doch aus einer Zahl von Ländern zusammengesetzt, die in Kaiser und Reichstag wohl eine gemeinschaftliche Spitze, doch aber auch besondere Rechte und Pflichten haben. Erfüllen die Landtage der österreichischen Kronländer die ihnen gestellten Aufgaben, so wird Oesterreich ein überaus wohlhabendes und starkes Land werden und im Dreistaatenbund die beharrliche Kraft vertreten. Der Bundesstaat Westdeutschland endlich, aus einer Reihe von Staaten zusammengesetzt, welche ihre volle Selbstständigkeit freiwillig und vertragsmäßig für einen bestimmten Zweck beschränken, und welche aus diesem Grunde der Uneinigkeit am leichtesten ausgesetzt, in derselben aber zugleich am verwundbarsten sind, werden

eben deshalb die wachsamsten sein, und weil die Grundlage ihrer Vereinigung eine rein rechtliche ist, werden sie die Wahrung des Rechtes vor allen Dingen sich angelegen sein lassen. Man könnte sagen Westdeutschland falle der Reichsapfel, Oestreich das Scepter und Preußen das Schwert des Reiches ganz von selbst zu.

Mögen die Schwierigkeiten einer Vereinigung auf diesen Grundlagen groß sein, unüberwindlich sind sie nicht; ja es bedarf eigentlich nur des thatsächlichen Bekenntnisses zu dem Wahlspruch der preussischen Krone: *Suum cuique*, und die Berge von Hindernissen werden sich ebnen und die Krümmen zu schlichten Wegen werden. Was schon in der oft erwähnten Denkschrift mit beredten Worten nachgewiesen worden ist, können wir hier nur wiederholen, daß Rettung nur von einer entschiedenen That der deutschen Mächte, wodurch gleichmäßig dem bestehenden Staaten- und Völkerrechte, wie dem Anverlangen des deutschen Gesamtvolkes nach Wiederherstellung seiner Einheit und seiner Ehre Rechnung getragen wird, zu hoffen ist. Nur eine solche That kann die wankenden Throne, kann das wankende Recht wieder befestigen und dem deutschen Volke die hohe Gabe, die ihm verliehen ist, in rechter Weise erhalten und zu gedeihlicher Ausbildung bringen.

Allerdings aber ist es hohe Zeit und wahrhaft die letzte Stunde. Die feindlichen Gewalten, welche sich den Völkern und den mit ihnen verbundenen Mächten in den Weg stellen, gehen theils offen, theils heimlich dem unverbrüchlich festgehaltenen Ziele entgegen. Die Wähler von oben wie von unten sind am Werke; jene althergebrachten Unrecht zu verewigen und auch das mißbräuchlich Beste

hende zu erhalten, diese alles Recht zu untergraben, alles Bestehende umzustürzen und auf den Trümmern der Welt ihr blutiges Reich zu gründen. Für den Augenblick niedergeworfen, ziehen sie aus ihrer Niederlage neue Kräfte. Sie sind vorsichtiger geworden, sie werden lernen Mittel und Erfolg abzuwägen, aber versöhnt sind sie nicht. Geborene Feinde jeder Macht, die sie nicht selbst nach ihres Herzens Gelüsten ausüben, können sie nur dadurch besiegt werden, daß ihnen der Boden entzogen wird, auf dem sie fußen: die Verletzungen des Rechtes, die Uebergriffe der Gewalt, die unsittlichen Grundsätze der Regierungen. Tragen die Obrigkeiten das Schwert erst wieder als Rächerin zur Strafe über den, der Böses thut, ohne Ansehn der Person, und werden die Gewaltigen wider den bösen und nicht den guten Werken zu fürchten sein, dann läßt sich auch hoffen, daß der Kern des Volkes wieder Vertrauen faßt, und die Macht derer gebrochen wird, die gegenwärtig durch jedes vollzogene Bluturtheil gekräftigt und zur Rache angespornt werden. Ideen werden nicht mit dem Schwerte ausgerottet; man bemächtigt sich der Wahrheit, die darin ist, und die Lüge und der Irrthum werden machtlos zerfallen.

Das verkennen am meisten die Aristokraten, die sich an die Mächte hängen und ihnen einreden, daß sie ihre bewährtesten Stützen seien, da sie doch ihre sichersten Verderber sind, denn sie haben so wenig als jene Sinn für die Ehre und Größe des deutschen Volkes, und beide Parteien freuen sich der Thaten der Gegner, unter welchen das Volk verblutet, weil sie dieselben für sich auszubeuten hoffen. Dieser Schlange gilt es den Kopf zu zertreten und dazu müssen sich die Mächte und das Volk vereinigen, durch Aufrich-

tung des Rechtes, der Klarheit und der Wahrheit. Kommt es zu einem neuen Kampfe und er steht in naher Aussicht, wenn es der Partei der Aristokraten gelingt, die Fürsten dahin zu bringen, daß sie an ihrer eigenen Grundveste, dem auch durch die neueste Geschichte fortgebildeten Rechte rütteln. Mögen sie hoffen im Trüben zu fischen; sie werden sich furchtbar täuschen, denn wo das Recht nichts mehr gilt, da entscheidet die rohe Mehrzahl und diese ist auf der Seite ihrer Gegner. Sieht sich aber die große Mehrheit des Volkes von neuem getäuscht, wird es überführt, daß die Raveaux, die Simon, die Bogt Recht hatten, wenn sie behaupteten, es sei den Mächten nicht Ernst mit ihren Zugeständnissen, sie hätten sie der Macht, nicht der Ueberzeugung gemacht und würden sie mit der Macht zurücknehmen, und kommt es auf diesem Wege zu einer neuen Erhebung, sie würde schwerlich vor den Thronen Halt machen, und das Volk könnte versuchen, die morschgewordenen Stützen der Throne unter den Thronen selbst zu begraben.

Wir schließen mit dem Verfasser unserer Denkschrift: nur dann kann dieser Kampf einen guten Ausgang nehmen, wenn die Mächte den Völkern ihr volles, langentbehrtes Recht, aber nicht mehr gewähren, und die Völker den Mächten lassen, was ihnen gehört zum eigenen Wohle der Völker. Prüfe man unsere Vorschläge und sehe, ob sie nicht dem Einen wie dem Andern geben was sein, Allen aber was Recht ist.